

Der Wahlterror gegen die Minderheiten in Polen

Ueberfall auf die Synagoge in Grodno.

Warschau, 24. Februar. Die Aktion der Anhänger der polnischen Regierung für die von dieser aufgestellte Wahlliste Nr. 1 hat nachgerade zu terroristischen Methoden gegen die Minderheiten geführt, die auch von politischen Parteien stark getadelt werden. Der sozialistische „Robotnik“ weist darauf hin, daß beispielsweise in Wolhynien tatsächlich von einer Vertreibung der ukrainischen Bevölkerung nicht mehr von neuem sein könne, da die Anhänger der Regierung hier die Rede eine Agitation für die Liste Nr. 1 zulassen. Der „Robotnik“ sieht die Lage als sehr ernst an und betont mit Nachdruck, daß der polnische Staat mit den nationalen Minderheiten auf einem gemeinsamen Wege gehen müsse, wenn er nicht seine Existenz gefährden wolle. Die Führer der Minderheiten äußern sich über den Wahlterror in ganz ähnlicher Weise: man dürfe nicht mehr damit rechnen, daß der Wahltag ein richtiges Bild der politischen Strömungen und Stimmungen in dem neuen Minderheiten bewohnten Teil Polens geben werde. Die ukrainischen Führer haben bereits wiederholt betont, daß die polnische Regierung mit derartigen Methoden nichts weiter erreichen werde, als einen um so festeren Zusammenhalt der Minderheiten. — In Grodno wurde ein Ueberfall auf die Synagoge verübt, während dort eine Verankerung der ukrainischen Vertreter des Minderheitenwahlblocks stattfand. Die Angreifer erklärten sich als Anhänger der Regierung, aber doch unliebame Folgen dieses Ueberfalls, denn sie läßt nachdrücklich erklären, daß der Ueberfall nicht von Regierungsanhängern, sondern im Gegenteil von Feinden der Regierung ausgeführt worden sei, um die Regierung in den Augen der Minderheiten zu kompromittieren. Diese Erklärungen finden aber in Grodno, wo große Erregung herrscht, keinen Glauben. Der ehemalige Senatsmarschall Tromczynski ist der Spitzenkandidat des Blocks der Nationaldemokraten und der Katholisch-Nationalen in Westpolen. Er tritt somit als Führer der schärfsten Gegner der Pilsudski-Regierung auf. Seine Kandidatur wird von der katholischen Geistlichkeit energig unterstützt.

Ergänzungen

zum polnischen Agrarreformgesetz.

Warschau, 23. Februar. Der amtliche „Dziennik Praw“ veröffentlichte eine Verordnung des polnischen Staatspräsidenten über den zwangsweisen Verkauf von Grundbesitz für Zwecke der Agrarreform. Die Verordnung ist am 17. Februar für ganz Polen mit Ausnahme des oberösterreichischen Teils der Wojewodschaft Schliesien in Kraft getreten. Der Verordnung zufolge unterliegen dem zwangsweisen Verkauf zugunsten der Agrarreform Besitzungen, deren Eigentümer abwesend sind und über die gerichtliche Aufsicht verhängt ist. Bedingung ist, daß die Abwesenheit des Besitzers seit dem 1. Januar 1922 datiert und daß kein berechtigter Erbe sich am Ort aufhält bzw. binnen 30 Tagen nach Aufruf meldet. Die abwesenden abwesenden Besitzer können nach erfolgtem Zwangsverkauf Entschädigungsansprüche entsprechend den Vorschriften des Agrarreformgesetzes geltend machen.

Preußen und das Gefrierfleischkontingent.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, wünscht die preussische Regierung nur einen Abbau, nicht eine völlige Abschaffung des Gefrierfleischkontingents. Die preussische Regierung ist mit einer Herabsetzung des Kontingents auf 50.000 Doppelzentner einverstanden, und verlangt außerdem, daß erweiterte Bürgerrechte für die Zulassung des Gefrierfleischkontingents an die minderbemittelten Verbraucher der Industriegebiete geschaffen werden.

Nichtaufführung des Cavellfilms in London.

London, 26. Februar. Zu dem Verbot der Aufführung des Cavellfilms in der Albert Hall, das von dem Londoner Grafschaftsrat ausgesprochen ist, erklärte der Direktor der Albert Hall, daß er die Entscheidung zwar bedauere, daß er sich aber der Anordnung fügen werde, da er sich darüber unterrichtet habe, daß der Grafschaftsrat auch die Erlaubnis hat, private Vorstellungen zu unterlagen.

Bermischtes.

1111 Loopings in 300 Minuten.

Der französische Flieger Frouval hat Sonnabend in Melkretord im Loopingflug geschossen. Er führte in 30 Minuten 56 Loopings aus. Der bisher von dem Amerikaner Soman gehaltene Rekord betrug 1093 Loopings.

Schmelz 1. 2.

Bei den Berufshörkämpfen, die am Sonnabend in Frankfurt a. M. veranstaltet wurden, erlitt der deutsche Europareisender der Halbjahresgewerkschaft Max Schmelz die 1. u. 2. Niederlage. Im Revanchetreffen gegen den früheren englischen Meister Gipsy Daniels, den er in Berlin nach Punkten geschlagen hatte, wurde er kurz vor Ablauf der ersten Runde so schwer getroffen, daß er sich nicht mehr bis neun zu erheben vermochte.

Bandenüberfall auf einen Zug in Chicago.

In einem Vorort Chicagos brachten Sonnabend 6 maskierte Räuber durch Flaggensignale einen Zug zum Stehen, um den Passagieren zu berauben. Nachdem sie die Bahnwagen und den Lokomotivführer durch mehr als dreißig Schüsse eingehüllt hatten, entkamen sie dem Geleitmann des Postwagens, aus dem sie etwa 1000 Dollar erbeuteten. Darauf ergriffen sie in zwei bereitstehenden Automobilen die Flucht. Durch diesen Raub hat die Federal Reserve Bank in Chicago einen Verlust von 55.000 Dollar erlitten.

Raubüberfall auf eine Bank in Kansas.

An dem Ueberfall auf eine Bank in der City von Kansas waren zehn Räuber beteiligt, die mit zwei Maschinengewehren, mehreren Gewehren und Pistolen ausgerüstet waren. Trotsdem sie beständig feuerten, ist niemand verwundet worden. Beim Eindringen in die Bank feuerte einer der Räuber auf den Bankpräsidenten. Die Räuber zwangen den Präsidenten, die Kasse zu öffnen. Die Kasse wurde aufgedrückt, die Kassenrollen wurden herausgeholt, und die Kasse wurde mit dem Inhalt geleert. Die Kasse enthielt 100.000 Dollar. Die Räuber haben durch diesen Überfall einen Verlust von 100.000 Dollar erlitten.

Georgien in Uestis.

In der Nacht zum Sonnabend brach in Uestis ein Brand aus, dem mehrere Gebäude am Platz des Königs Peter zum Opfer fielen. Ein heftiger Sturm behinderte die Rettungsarbeiten. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Dinar geschätzt.

Raubüberfall in St. Louis.

Die Banditen, die sich während der Nacht in den Räumen der Western Trust Company in St. Louis gehalten hatten, wandern bereits früh die Nacht über die Stadt.

Das niederschlesische Sanierungsprogramm.

V. Teil: Niederschlesisches Kulturprogramm.

SPK. Unsere Betrachtung des letzten Teiles des niederschlesischen Sanierungsprogramms, der die Forderungen zusammenfaßt, die die Provinz Niederschlesien auf kulturellem Gebiete an das Reich und an Preußen zu stellen hat, braucht erfreulicherweise bei weitem nicht so kritisch zu sein, wie die Betrachtungen der ersten vier Teile. Im Gegenteil, wir können uns mit dem meisten, was in diesem fünften Teil gesagt und gefordert wird, wohl einverstanden erklären.

Es ist zunächst kein Zweifel, daß das niederschlesische Kulturprogramm die kulturelle Lage in Schlesien durchaus richtig schildert. Die Provinz Niederschlesien bedarf unbedingt eines weiteren Ausbaues ihrer kulturellen Einrichtungen. Und zwar schon deshalb, um diese Einrichtungen auf dem allgemeinen Kulturstand Deutschlands zu heben bzw. auf dieser Höhe zu erhalten. Ferner auch deshalb, weil die in Niederschlesien bestehenden kulturellen Einrichtungen in ihrem gegenwärtigen Zustande die kulturellen Bedürfnisse der niederschlesischen Bevölkerung in keiner Weise befriedigen können. Endlich ist es auch nötig, die deutsche Kultur in Niederschlesien in besonderem Maße zu fördern, weil Schlesien eine tief ins slawische Kulturgebiet hineinragende, verhältnismäßig schmale Halbinsel deutscher Kultur ist, die zu erhalten auch für den nächstaufliegenden Völkern ist. Denn eine Menschheitskultur kann nur aus dem Zusammenklang der nationalen Kulturen erwachsen, und die gesamte Menschheitskultur würde verarmen, wenn ihr deutscher Bestandteil zurückginge. Andererseits ist kein Zweifel, daß von den Schlesien umgebenden slawischen Ländern dauernd starke slawische Kultureinflüsse ausgehen und nach Schlesien hineinragen. Wenn wir das Eindringen solcher Kultureinflüsse auch nicht bebauern können und erst recht nicht bekämpfen, da sie auch unsere Kultur zu bereichern geeignet sind, so sind wir doch der Auffassung, daß das Eindringen solcher Kultureinflüsse in ein Land mit anderer hohemstandiger Kultur nur dann zum Vorteil für die gesamte Menschheitskultur ausschlagen kann, wenn sie zu der einheimischen Kultur lebendig in einen rein geistigen Wettbewerb tritt. Es gilt daher die deutsche Kultur in Schlesien für diesen rein geistigen Wettbewerb fähig zu machen. Deshalb müssen der deutschen Kultur in Schlesien die notwendigen wirtschaftlichen Grundlagen für ihr Gedeihen gegeben werden. In diesem Sinne schliesen wir uns den einleitenden Ausführungen des niederschlesischen Kulturprogramms an, obwohl wir deren Fassung nicht gerade für glücklich halten, da sie zum mindesten die Möglichkeit zu handwinklicher Ausdeutung gibt.

Die Forderungen des niederschlesischen Kulturprogramms beziehen sich zunächst auf die Schule, und zwar auf die Schule in allen ihren Gliedern. Es wird sowohl der Aufbau der Breslauer Hochschulen, als auch der höheren Lehranstalten Niederschlesiens, sowie der Volkshochschulen und der Fortbildungsschulen der Provinz verlangt. Besonders dringlich sind die Forderungen für den Aufbau einmal der höheren Schulen, dann vor allen Dingen aber auch der Volks- und Fortbildungsschulen. Leider wird verkannt, daß die finanzielle Höhe der Forderungen zum Ausbau der Mittel- und Volkshochschulen festzustellen. Die Wiederherstellung der Ergänzungsschulen an die Städte auf den Stand von 1925 scheint uns in keiner Weise auszureichen, wie denn auch das Programm selbst offensichtlich noch weitere Zuschüsse verlangt, ohne indessen die Höhe dieser Zuschüsse zu nennen. Es ist deshalb leider auch kein Vergleich möglich, ob in dem Programm die Mittel- und Volkshochschulen in demselben Maße betreut werden wie die höheren Schulen. Es muß deshalb hier mit allem Nachdruck betont werden, daß es unbedingt notwendig ist, dem Ausbau der Mittel- und Volkshochschulen Niederschlesiens weit höhere Mittel zu widmen als dem Ausbau der höheren Schulen, denn für den allgemeinen Kulturstand der Bevölkerung sind diese Schulen weit wichtiger als die höheren Schulen. So notwendig auch der Ausbau der höheren Schulen an sich selbst ist, so scheinen uns diese doch in dem Programm unproportionalmäßig bevorzugt zu werden. Das erkennt man sofort, wenn man die Anforderungen für den Ausbau der

höheren Schulen mit den Anforderungen für den Ausbau der Fortbildungsschulen vergleicht. Für beide wird für sechs Jahre ein laufender Zuschuß von je 250.000 Mark verlangt, außerdem aber für die höheren Schulen noch eine einmalige Beihilfe von 6.150.000 Mark, für die Fortbildungsschulen dagegen nur eine von 650.000 Mark. Dabei sind in diesem Betrag sogar noch die Zuschüsse enthalten, die für die Bildung und Erhaltung von Heimathilfen und für das Volkshochschulwesen gefordert werden. Uns scheint, daß es viel notwendiger wäre, dem Ausbau der Fortbildungsschulen weit größere Mittel zuzuwenden als dem Ausbau der höheren Schulen, weil das Fortbildungsschulwesen in Niederschlesien noch viel weiter zurück ist als das höhere Schulwesen, weil außerdem das Fortbildungsschulwesen für viel größere Schülermassen in Frage kommt als das höhere Schulwesen. In der auffallenden Bescheidenheit der Forderungen in Bezug auf die Beihilfen für den Ausbau des Volkshochschulwesens scheint uns die Gegnerschaft gegen die Fortbildungsschulen zum Ausdruck zu kommen, die in einer Reihe der Verbände, die das Programm unterzeichnet haben, bekanntlich vorhanden ist. Es braucht in diesem Zusammenhang nur der schlesische Landbund, die schlesischen Arbeitgeberverbände, die Landwirtschaftskammer, die Handwerkerkammern in Breslau und Liegnitz genannt zu werden. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Animosität, die besonders in ländlichen Arbeiterkreisen heute noch gegen die Fortbildungsschulen vielfach besteht, auf die Fassung des Kulturprogramms so starken Einfluß hat nehmen können.

In vollem Umfange stimmen wir den Forderungen des Abschnitts B zu. In diesem Abschnitt wird insbesondere der Ausbau der in Schlesien bestehenden Theater verlangt. Es wird dabei auch der großen Theater in Breslau gedacht und auf den schauerhaften Zustand der Gebäude hingewiesen, die in Breslau dem Schauspiel dienen. Die Gewährleistung einer nicht zu geringen Beihilfe von Reich und Staat zum würdigen Ausbau der beiden Breslauer Schauspielhäuser kann gar nicht dringend genug verlangt werden. Auch die Forderung auf Fortführung eines Reichsschulhauses für das schlesische Landesorchester findet unsere Unterstützung in vollem Maße. Dagegen ist ein Ausbau des Gebäudes für die Oper vorerst nicht so dringlich. Die übrigen Breslauer Theater brauchen viel dringender eine Reichsunterstützung. Ferner möchten wir uns besonders für die Förderung der Wandertheater der Volksbühne, ohne deren Hilfe die Breslauer Theater schon lange ihre Fortleben hätten schliessen müssen, einsetzen. Endlich unterstützen wir mit aller Kraft die Forderung auf Schaffung eines Raumes für Kunstausstellungen in Breslau und die Herichtung eines Saales für Theateraufführungen in Waldenburg. Denn es ist sowohl ein völlig unmöglicher Zustand, daß es in Breslau keinerlei Räume gibt, in denen eine Kunstausstellung einigermassen anständig untergebracht werden kann, als auch, daß es für die großen Proletariatsmassen in Waldenburg keine Möglichkeit gibt, künstlerisch hochwertige Theateraufführungen zu sehen.

Unsere warmste Unterstützung finden auch die Forderungen auf Ausbau aller Einrichtungen Niederösterreichens, die geeignet sind, den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu heben. Daß die Gesundheitszustände in Niederschlesien besonders schlecht sind, daß sowohl in der Stadt Breslau als auch in ganz Niederschlesien die Sterblichkeit den Reichsbudget nicht unerheblich überschreitet, ist ja bekannt. Es wird deshalb über diese Forderungen in ganz Schlesien keine Uneinigkeit geben.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß wie in dem gesamten übrigen Sanierungsprogramm leider auch in diesem Teil des Programms die einzelnen Forderungen nicht ihrer Dringlichkeit nach geordnet sind. Das ist ein Fehler, der sich vielleicht bei den Verhandlungen mit den zuständigen Reichsinstanzen und den Instanzen der preussischen Regierung rächen wird. Es wäre deshalb gut, wenn in dieser Hinsicht über alle Teile des Sanierungsprogramms ergänzende Verhandlungen zwischen den Behörden und Verbänden, die das Programm unterzeichnet haben stattfinden, damit Einigkeit über die Reihenfolge der Dringlichkeit der verschiedenen Forderungen hergestellt wird, um auf diese Weise positive Grundlagen für die möglichst bald mit der Reichs- und Staatsregierung aufzunehmenden Verhandlungen zu schaffen.

Die Agrarfrage als Wahlpropaganda.

Am Donnerstag fand in Berlin die 58. Vollversammlung des deutschen Landwirtschaftsrates statt. Die reichhaltige Tagesordnung sah unter anderem Vorträge über die Behandlung der landwirtschaftlichen Kreditverhältnisse und über Schutz und Steigerung der deutschen Erzeugung als Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik vor. Ausgeführt wurde die Tagung jedoch in der Hauptsache durch Darlegungen des deutschen nationalen Reichsernährungsministers Schiele. Er drückt auch der ganzen Veranstaltung seinen Geist auf.

Fragen der Wirtschaft sollen objektiv behandelt werden. Das ganze Wirtschaftsleben entwickelt sich nämlich nach dem einen Gesetz, mit dem Einsatz möglichst weniger Mittel den größten Erfolg zu erzielen. Demagogie durchkreuzt dieses Gesetz und macht produktive Arbeit unwirtschaftlich. Als der deutsche Landwirtschaftsrat, die Vertretung der gesamten deutschen Landwirtschaft, vor Wochen seine 58. Vollversammlung als Kottagung nach Berlin einberief, mußte nicht nur die deutsche Landwirtschaft, sondern auch das gesamte deutsche Volk erwarten, daß in diesem Kreis den Vätern der Landwirtschaft in objektiver Weise auf den Grund gegangen würde. Diese Hoffnungen haben getäuscht. Die Vollversammlung des deutschen Landwirtschaftsrates am Donnerstag war nichts anderes als ein Blattspiel der wichtigsten Reichslandbundsungen. Der Einfluß der Großagrarier im deutschen Landwirtschaftsrat erweist sich als so überwältigend groß, daß andere Auffassungen und andere Anschauungen als die der Reichslandbundsleiter gar nicht in Erscheinung treten können. Wir charakterisieren die Verhandlungen des deutschen Landwirtschaftsrates durchaus richtig, wenn wir feststellen, daß sie lediglich der deutschen nationalen Wahlpropaganda dienen. Wenn jemals Wirtschaftsfragen Gewalt angetan und maßlose Demagogie über ehrliche und überzeugte Arbeit eingesetzt worden ist, dann war das am Donnerstag auf der Tagung des deutschen Landwirtschaftsrates der Fall.

Dafür sorgte vor allem der Reichsernährungsminister Schiele. Er präsentierte den Gesinnungen das ganze geistige Rüstzeug des Reichslandbundes und versprach, zum landwirtschaftlichen Male, dem deutschen Landwirt eine Besserung seiner Lage durch Drosselung der Einfuhr mit Hilfe verschärfter Zollpolitischer Maßnahmen. Selbstverständlich wandte sich der Minister gegen die Handelsverträge, insbesondere gegen einen deutsch-polnischen Handelsvertrag. Wie die deutsche Industrie aber ihre Millionen von Arbeitern und Angestellten ohne einen deutschen Warenexport beschäftigen soll, darüber läßt sich Herr Schiele kein graues Haar wachsen. Seine Demagogie geht so weit, daß er dem deutschen Arbeiter durch vermehrte Forderung und eine wahrhaftige Zerrüttung unserer internationalen Handelsbeziehungen ein Schwanden der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit verspricht. Mit diesem Programm wollen die deutschen nationalen unter Schielers Führung in den Wahlkampf ziehen.

In der Diskussion spielte natürlich die Preussische Zentralgenossenschaft eine Rolle. Eine Reihe von Delegierten forderten unter anderem die Ausgestaltung der Bank, die heute der preussischen Regierung untersteht, zu einem Reichsinstitut. Gegen diese Forderung ist es jedoch nichts einzusetzen, da die Preussische im Laufe der Jahre in das Kreditgeschäft aus der Landwirtschaft in nicht preussischen Ländern hineingeworfen ist. Die Reichslandbundsleiter werden diese Forderung aber nur, um sich die Preussische in die Hände zu spielen. Das beweisen die maßlos über-

gehigen Leiter der Bank, den Rechtsanwalt Dr. Klepper, erhoben wurden. Klepper hat das Verdienst, mit der unumgänglichen Geschäftsführung des früheren Leiters des Instituts, Geheimrat Semper, gebracht und eine Erfolg versprechende Sanierung der Preussische eingeleitet zu haben. Die deutschen Genossenschaften können das beruhigende Gefühl haben, daß Klepper eine Genugung der landwirtschaftlichen Kreditverhältnisse erreichen wird. Wenn man aber, wie das auf der Vollversammlung des deutschen Landwirtschaftsrates am Donnerstag der Fall war, von einer einwandfreien Geschäftsführung Semper's und von einem jungen Rechtsanwalt spricht, den man der Landwirtschaft auf die Nase gesetzt hat — gemeint ist damit Rechtsanwalt Dr. Klepper — so beweist diese Tatsache nur, daß es den Reichslandbundsleitern mit einer Genugung des landwirtschaftlichen Kreditwesens niemals ernst ist. Wir können uns denken, daß die durch Semper bezugslosen Großgrundbesitzer, wodurch die Preussische regelrecht in die Pleite getrieben wurde, die Maßnahmen Kleppers sehr unangenehm empfinden. Das darf uns aber nicht abgängen, das Mühsige zu tun, um den größten deutschen Wirtschaftszweig endlich zu sanieren. Ob das möglich ist, hängt von der kommenden Wahl ab.

Im Interesse der deutschen Wirtschaft muß jeder dazu beitragen, daß der Demagogie der deutschen nationalen Partei die veritäre Wahlniederlage bereitet wird.

Neue rumänische Ausfuhrzölle.

Das Finanzministerium hat folgende neue Ausfuhrzölle festgesetzt, die alle in englischer Valuta einrichtet werden müssen: Weizen, Roggen, Mais, Gerste und Hafer 3 Pfund Sterling 10 Schilling je Wagon, Bohnen 5 Pfund Sterling, Weizen, Mais Weizen oder Roggen, Gerste 3 Pfund Sterling je Wagon, Mais 4 Pfund Sterling je Wagon, Kaps, Senf, Sonnenblumen, Raps 5 Pfund Sterling, Futtermitteln 5 Pfund Sterling je Wagon. Naphthaprodukte: Benzin schwerer oder leicht 10 Schilling je Wagon, Petroleum und Petroleum 6 Schilling je Wagon, schwere Oele raffiniert und nicht raffiniert 6 Schilling je Wagon, einseitlich vulkanische Oele 6 Schilling je Wagon, Öl für Kompressoren 10 Pfund Sterling je Wagon, Paraffin 22 Pfund Sterling je Wagon, konfettierte Schmieröle 2 Pfund Sterling je Wagon. Fortprodukte: Rundholz 10-22 Zentimeter mittlerer Durchmesser und 2 Meter lang 1 Pfund Sterling, Rundholz 10-22 Zentimeter mittlerer Durchmesser, 2-3 lang 3 Pfund Sterling je Wagon, Stämme, 22 Zentimeter Durchmesser, 3 Meter lang, 6 Pfund Sterling, Barfettöl und Fritze 6 Schilling je Kubikmeter, Traverlen 6 Schilling je Wagon, Brennholz 6 Schilling. Andere Artikel: Kasse in Eisen 1 Schilling 6 Pence je 100 Kilogramm, Kasse in Eisen 1 Schilling je 100 Kilogramm, Eier vom 1. Mai bis 30. September 1 Schilling 3 Pence je 100 Stück, Eier vom 1. Oktober bis 30. April 2 Schilling 6 Pence je 100 Stück.

Die Aufhebung des jugoslawischen Getreideimportzolls war kürzlich eine vorübergehende Maßnahme der Regierung gegen die anomale Preisbewegung auf den jugoslawischen Getreidemärkten angekündigt worden. Die Proteste der Produzentenkreise haben aber bereits die Wirkung gehabt, daß ein Belgrader Ackerbauministerium erklärt wird, eine Aufhebung des Importzolls für Weizen kann nicht in Frage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. Februar 1928.

Amerikanischer Besuch.

Auf Einladung der „Vereinigung Karl Schurz“ in Berlin, die die geistige Annäherung von Amerika und Deutschland erstrebt, befindet sich zurzeit der Genosse Edmund Thomafer vom sozialdemokratischen „Tageblatt“ in Philadelphia auf einer Reise durch Deutschland. Am Freitag traf er in Breslau ein. Als der Magistrat davon Kenntnis erhielt, wurde Genosse Thomafer dankenswerterweise für Sonnabend abend mit zum Empfange der Gäste in den Remter des Rathhauses geladen, wo er mit den städtischen Behörden bekannt wurde und wichtiges Material über die Notwendigkeit unserer Stadt erhielt. Bei einem Besuch im Oberpräsidium wurde er in gleicher Weise von Regierungsrat Genossen Dr. Markus mit Material über die Verhältnisse in Schlesien ausgerüstet, das ihm bei Besichtigungen an Ort und Stelle zusetzen kommen wird. Der Magistrat stellte für Sonntag auch ein Auto zu einer Besichtigungsfahrt zur Verfügung, die Genosse Thomafer mit einem unserer Redaktionsmitglieder unternahm. Selbstverständlich wurde der Sitz des Konsumvereins „Vorwärts“ in der Neuen Lauegengasse, das Grab Ferdinand Lassalles und das Gewerkschaftshaus in die Besichtigung einbezogen. Im übrigen wurden die Siedlungen in Gräbichen, Pöpelwitz und Zimpel, Jahrhunderthalle, Messehof und Stadion besichtigt. Genosse Thomafer ist Deutscher, ebenso wie seine Frau, die ihn begleitete, eine Deutsche ist. Er war früher Parteiredakteur im Westen und ist vor zwanzig Jahren nach Amerika gegangen. Er ist erstaut und begeistert darüber, wie in Breslau und überall, trotz Nachkriegsnot ein neues und völlig verändertes Deutschland im Entstehen begriffen ist. Die Republik ist doch wesentlich anders als der Kaiserstaat auf das Wohl ihrer Menschen bedacht. Und wenn noch die üble Zeit des Bürgerkriegs und der „Rettter“ überwand sein wird, dann dürfte sich der Aufbau des neuen Deutschlands noch wesentlich rascher vollziehen. Genosse Thomafer verriet nicht geringe Lust, wieder in diesem neuen Deutschland mitzuwirken, und jedenfalls wird er mit seiner Feder dazu beitragen, die Achtung seiner Lesergemeinde gegenüber der deutschen Republik weiter zu fördern. Von Schlesien aus führt in sein Weg nach Wien, um dort den sozialistischen Aufbau, dessen Ruf in alle Welt gedrungen ist, zu studieren.

Das Kampfsjahr 1928.

Die Partei hatte am Freitag die Parteigenossen der städtischen Betriebe zu einer Versammlung berufen, in der Genosse Ziegler über die Kämpfe in diesem Jahre, insbesondere aber über die zu erwartenden großen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen sprach. Nach Eröffnung der überfüllten Versammlung durch Genossen Ziegler las er folgende Ausführungen:

Mit Recht ist bisher nachdrücklich auf die in diesem Jahre sich gehenden großen politischen Kämpfe hingewiesen worden. Es soll aber nicht übersehen werden, daß es auch auf wirtschaftlichem Gebiete hart auf hart zugehen wird. Der Streik in Mitteldeutschland war nur der Beginn eines noch bevorstehenden härteren Kampfes. Denn nach wie vor steht im Gegensatz zum amerikanischen Unternehmer der deutsche Industrielle auf dem Standpunkt, daß nur durch niedrige Löhne die Wirtschaft zu beleben sei. Das aber ist gerade in Deutschland ein irriger Standpunkt, da besonders hier durch den Verlust von Außenmärkten der innere Markt hart geschlagen werden muß. Das kann nur durch Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen, also durch Erhebung des Reallohnes erfolgen. Trotz der Erhöhung der Reallohnrate um 60 Prozent im vergangenen Jahre, hat der Arbeiter — das alleinige Opfer der Rationalisierung — nichts davon zu spüren bekommen. Wenn nun in diesem Jahre hundertste Prozente ablaufen werden, wird das Unternehmertum sicher gleiche Taktik wie in Mitteldeutschland zur Anwendung bringen: Drohung mit Stilllegung und Aussperrung. Wenn dann die Katastrophen politischer ein noch schlimmeres Spiel mit der Wirtschaft treiben, muß es Pflicht des Staates sein, hier einzuschreiten, der Stilllegung mit Enteignung zu begegnen. Auch wenn in Zukunft solche Schiedsprüfung, wie sie in letzter Zeit oft worden sind, vermieden werden müssen. Im politischen Kampf wollen wir uns den notwendigsten politischen Einflüssen, um auch zu verhindern, daß jede Lohn-erhöhung wieder eine Preis-erhöhung illusorisch gemacht wird, daß aber allem arbeiterfreundlichen Gesetze als in den letzten Jahren werden. Die bürgerlichen Parteien eint gleiches Ziel: ihre klaren Frontstellung muß eindeutig entgegen-

getreten werden. Koalitionsdebatten vor dem Wahlkampf zu führen, wird für den Ausgang der Wahl nur nachteilig, wie dies die Hessen und die zweite Hamburger Wahl zeigte. Nur eine klare Parole darf es geben: „Unser Feind steht rechts von uns“.

Diesen beifällig aufgenommenen Ausführungen folgte eine lebhafte Diskussion. Zur Stadtverordnetenwahl, die ja für die städtischen Arbeiter von besonderer Wichtigkeit ist, sprach noch ausführlich Genosse Krumm und dieser Frage wurde von den verschiedensten Rednern Stellung genommen.

Partei-Funktionär-Versammlung heute abends 7 1/2 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses Wichtige Tagesordnung

Wer will einmal tüchtig lachen?

Gelegenheit, einmal tüchtig zu lachen, bietet sich demnächst auf der nächsten Veranstaltung des Arbeiterbildungsausschusses Breslau. Es handelt sich um den Burten Abend des politischen Kabarets

„Die Wanderratten“

Der am Mittwoch, den 29. Februar, abends 8 Uhr, in den Zentralballfäden, Westendstraße, stattfindet.

Die Wanderratten sind eine Künstlervereinigung die satirisch-politische Vorträge hält, in denen die politischen Ereignisse und gesellschaftlichen Erscheinungen unserer Zeit vom Standpunkt der Sozialisten und Republikaner in humorvoller Weise beurteilt werden.

Vorgetragen wird unter anderem das Gedicht „Die Wanderratten“ von Heinrich Heine. Ferner satirisch-politische Gedichte von Arno Holz, Glasbrenner und wiederum von Heine. Auch Gesangsbeiträge beleben das Programm. So werden zwei Proletenlieder von Claus Clauberg gesungen, und zwar „Die modernen Barbaren“ von Hendell und „Der Revoluzzer“ von Erich Mühsam.

Den zweiten Teil des Abends füllt eine politisch-satirische Revue aus „Was uns fehlt“. Auf einen Prolog folgen die Abschnitte „Vorwärts“, „Die Reichsoberammer“, „Die Ertawurst“, „Der Mann vom Mond“, „Doorn“, „Es geht uns immer besser“, „Zeitung, Zeitung!“, „Arrest“, „Die Soldaten der Zukunft“. Die Beiträge sind verfaßt von Clauberg, Klöbner, Kroner und Mühsam. Das Ganze wird mit Musik besetzt und nach moderner Weise inszeniert.

Zur Beachtung!

Der Eintrittspreis beträgt 60 Pf.; für Erwerbslose und Jugendliche aber nur an der Abendkasse 30 Pf.

Der Vorverkauf findet statt: in den Volkswachtbuchhandlungen Neue Graupenstr. 5/6 und Neue Taschenstr. 11, im Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17; Parteifunktionär, Zimmer 36, Restaurant und Bibliothek, in der Ausstellungshalle am Christophorplatz, Freie Volksbühne, Albrechtsstr. 12, Vorwärts-Lager Mathiasstr. 122, Wirtschaftsmagazin Silbermann, Westendstr. 53, Zentralballfäden Westendstr. 10, Lotteriefestle Lehner, Gräbichener Str. 27 und bei den Betriebsvertrauensleuten. — Erwerbslose und Jugendliche 30 Pf., nur an der Abendkasse. Arbeiterbildungsausschuß Breslau.

Schwerbeschädigte und Arbeitgeber.

Das Städtische Wohlfahrtsamt, Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, schreibt uns:

Die Bekanntmachung vom 15. Februar 1928, monach nach § 10 Absatz 1 des Schwerbeschädigtengesetzes alle privaten Arbeitgeber in Breslau-Stadt, die mehr als 15 Arbeitnehmer beschäftigen, auf vorgelegenen Fragebogen bis zum 29. Februar dieses Jahres Auskunft über die Zahl der bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer zu geben haben, ist nicht allgemein beachtet worden. Wir machen ausdrücklich auf die Strafbestimmungen des Schwerbeschädigtengesetzes aufmerksam, die im Interesse der Allgemeinheit der Schwerbeschädigten rücksichtslos zur Anwendung gebracht werden müssen, wenn die Auskunfterteilung innerhalb der vorgezeichneten Frist unterbleibt.

Die Frage der Bedürftigkeit.

Die in den Rentenverfahren der ehemaligen Kriegsteilnehmer und ihrer Angehörigen eine sehr große Rolle spielt, ist eine vielumstrittene. Der Begriff Bedürftigkeit ist ja auch sehr dehnbar. Je höher die soziale Stellung, um so höher liegt auch die Grenze der Bedürftigkeit. Denn es ist doch klar, daß ein Magen, der an Kaviar und Sekt gewöhnt ist, ganz anders eingeschätzt werden muß, als ein mit Kohlrüben und Butterflak gespeister Magen. So will es nun mal die göttliche Weltordnung, um danach muß sich in einem kapitalistischen Staate auch die Geknechteten richten. Denn der Satz, daß vor Gott alle Menschen gleich sind, kommt erst im Jenseits zur Geltung. Bis dahin heißt es kämpfen und hoffen.

Leider trägt diese Hoffnung oft. Diese Erfahrung müssen sehr oft gerade die Kriegsverletzten und ihre Angehörigen machen. Welche Verprechungen wurden ihnen in den Kriegsjahren gemacht, um sie zum Durchhalten zu ermuntern! Und wie sieht in Wirklichkeit der schon zum Schlagwort gewordene „Danke des Vaterlandes“ aus? Wie mühe erst gekämpft werden, um einige nennenswerte Resultate zu erzielen; wie mager sieht die Rente aus, die zum Beispiel auch die Eltern für einen gefallenen Sohn bekommen; und was für Ermittlungen werden erst angestellt, ob wirklich Bedürftigkeit vorliegt und der Fiskus — der ja Geld für andere Zwecke genug hat — um einige Pfennige überverteilt wird. Fast in jeder Sitzung des Versorgungsgerichts kommen Fälle zur Verhandlung, in denen es sich um Anträge auf Gewährung der Elternrente handelt. So auch kürzlich wieder. Ein Sohn der Eheleute T. war im Jahre 1916 gefallen. Ein zweiter Sohn, der sie bis jetzt unterstützt hatte, ist heute auch nicht mehr in der Lage, dies weiter zu tun. Er hat sein Geschäft aufgeben müssen und bezieht gleichfalls nur eine Militärrente. Nun stellen die Eltern einen Antrag auf Gewährung der Hinterbliebenenrente, wurden aber damit abgewiesen, weil keine Bedürftigkeit vorliegt. Dagegen wurde Berufung eingelegt, mit der Begründung, daß das monatliche Einkommen der alten Leute nicht 70, sondern nur 40 Mark betrage; und zwar erhalten sie 30 Mark Rente von dem früheren Arbeitgeber und 10 Mark für gezeichnete Kriegsanleihe. Sie leben im Haushalt der Schwiegertochter. Der Sohn, der sie bisher unterstützt hat, hat, doch den Eltern wenigstens solange die Rente zu gewähren, bis er selbst wieder in der Lage sein würde, sie zu unterstützen. Das Versorgungsamt vertritt die Ansicht, daß der gefallene Sohn vielleicht nie der Ernährer der Eltern geworden wäre; er hätte sie höchstens mit seinem Bruder zusammen unterstützt.

Das Versorgungsamt kam zur Abweisung der Berufung. Es liege zwar Bedürftigkeit vor, aber die Voraussetzungen des § 45 des Versorgungsgesetzes lägen nicht vor, d. h. der Verstorbene war nicht der Ernährer der Eltern und wäre es nie geworden.

Nun haben die Eltern den Sohn verloren und die Ersparnisse (durch Zeichnung der Kriegsanleihe), die es ihnen vielleicht ermöglicht hätten, jetzt auf fremde Unterstützung zu verzichten.

Vom Arbeitsgericht.

Ein Urteil auf Grund einer widersprüchvollen Zeugenaussage.

Der bei dem Kaufmann Gr. mit einem monatlichen Gehalt von 60 Mark (!) beschäftigten Stenotypistin G. wurde im Oktober vergangenen Jahres angedeutet, daß sie sich nach einer anderen Stelle umsehen möge, da die Arbeit im Geschäft immer mehr nachlasse. Mitte November wurde sie dann fristlos entlassen. Durch ihren Verbandsvertreter klagte sie nun vor dem Arbeitsgericht auf die Zahlung des Gehalts bis Ende Dezember, d. h. bis zum Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist. Der Chef behauptete nun vor Gericht, er habe einen bestimmten Termin, den 31. November, angegeben und somit ordnungsgemäß gekündigt. Ein Zeuge will auch so etwas wie einen Hinweis auf ein bestimmtes Datum gehört haben. Auf Grund dieser Aussage, die das Gericht selbst als widersprüchvoll bezeichnete, wurde die Klage abgewiesen. Diese Grundfrage eines Urteils, das infolge des geringen Streitwertes nicht berufungsfähig ist, scheint doch recht ungenügend. Es obliegt doch schließlich dem Arbeitgeber, ordnungsgemäß zu kündigen und sich vor ungerechtfertigten Ansprüchen durch entsprechende Unterlagen — Briefabschriften — zu sichern.

Das Wahrzeichen der Volksfürsorge.

Wer kennt nicht das Wahrzeichen der Großenhainer-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. B. H., die Marke „GG“, die Symbole der sozialen Bauhütten, vieler Arbeitervereine und sonstiger Arbeiterunternehmen? Alle diese Zeichen haben sich uns eingeprägt, sind, wo sie auftreten, Programm geworden, geben die Richtung an und weisen das Ziel. Auch die Volksfürsorge, das gewerkschaftlich-geosozialistische Versicherungsunternehmen, führt seit einigen Jahren in den Posten, Druck- und Plakaten ihr Wahrzeichen: 2 Hände, von denen die eine, die rechte, den Hammer, das Symbol der Arbeit, umfaßt, während der erhobene Zeigefinger der linken sinnvoll zur Ueberlegung mahnt. Die Volksfürsorge ruft jedem durch ihr Wahrzeichen zu, bei des Tages harte Arbeit auch das Zukünftige zu bedenken. Der Versicherungsabteil der Volksfürsorge kann einen Teil der Zukunftsorgen abnehmen und hat schon in vielen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilien wertvolle Dienste geleistet.

Theater und Musik.

Thaliatheater.

Aufführung: Albert Ehrenzweig: „Kramerballade“. So gut man sich auch während der Aufführung dieses Wertes, anders während seines ersten Teiles, unterhalten hat, man ist sich am Schluß doch unwillkürlich: war es notwendig, das zu führen, ja auch nur das zu schreiben? Denn mehr als ein hanties Unterhaltungsstück ist dies Werk doch wohl nicht. Sein ethischer Sinn ist doch wohl nur: ein Jagdspielspaß zu sein. Ihn Gehalt hat das Werk nur wenig; höchstens ein wenig auf das Unverständnis des normalen Spielbürgers für Kunst, insbesondere die darstellende Kunst, das Theater, auf überhebliche Verachtung des jacten Erwerbsmenschen für das Volk und die Einbildung, daß man das was die da auf Bühne treiben, um Grunde eben so gut, wenn nicht gar besser, steht in ihnen. Und im zweiten Teile gelegentlich ein spitzer Anstoß zu einer Satire auf den Paraderummel beim Bier und des Spielers Vorliebe für diese Theater. Letzte bleibt aber Episode und im ersten Anlauf faden, ist viel mehr als eine gelegentliche Anmerkung (trotzdem sie es, um einige unserer noch hinter den Ohren schwebenden Äußerungen zum Preise zu veranlassen), während das zuerst nicht allzuviel durch das ganze Stück zieht. Endlich kann in dem Werk auch eine Satire finden auf die geheime Schatzsuche Spielers nach Romantik und Abenteuer, nach Herauskommen der Enge seines alltäglichen Kramerdaseins und auf das in solcher in behaglicher Behaulichkeit lebende Paris mit seinen Trüben eines Kampfes, in dem der Mensch sich selbst einlegen muß.

des Gewürzkrämerpaars in der Rahmenhandlung), im zweiten Teil aber Neues (außer jener bereits erwähnten Anmerkung über die Freude am Paraderummel) kaum noch hinzukommt. Die Folge ist, daß der zweite Teil im Grunde völlig überflüssig ist und daß das Interesse des Zuschauers trotz aller Späße, die er bringt, schnell nachläßt und die Zuschauer bald ermüden. Wie denn überhaupt solche Späße einen nicht ganz ruhigen Menschen nur kurze Zeit hindurch unterhalten können, so sehr sie einen auch zuerst amüüsieren.

Hinzu kommt noch, daß die in den Zwischenakten vortragenden Verse von dem allgemeinen Trübel erdrückt werden und die zahlreichen witzigen Bemerkungen, die in ihnen enthalten sein mögen (gewiß weiß ich es nicht), deshalb verloren gehen. Man kann sie garnicht richtig aufnehmen, weil die Aufmerksamkeit dauernd abgelenkt wird, und weil sie keine Zeit haben, auszuwirken. Dasselbe gilt von manchen zarten, lyrischen Stellen, die in die Handlung des Stückes, das in die Rahmenhandlung eingelenkt ist, gelegentlich eingestreut sind, wie z. B. bei dem Liebesgespräch des Jasper mit seiner Luze.

Trotzdem muß zugegeben werden, daß, von der großen Länge abgesehen, der Späß vorzüglich unterhält und in dem ganzen viel Leben und Witz steckt. Das Publikum lachte dem auch tüchtig und amüüserte sich willig.

Und das um so mehr, als die Aufführung unter Karl Behrs Leitung ungemein lebendig und frisch war.

Die ganze Anlage der Aufführung, die unter Zustimmnahme der Projektionslogen eine Theateraufführung aus Shakespeares Zeit nachahmte, ergab sich zu ohne weiteres aus der Tatsache, daß das Stück nur eine deutliche Nachdichtung eines Volksstückes aus der Zeit Shakespeares ist und daß der eigentliche Sinn des ganzen ist die Einbildung des Theaterpublikums jener Zeit und damit überhaupt die innere Einstellung der großen Masse des Theaterpublikums aller Zeiten zum Theater und den

Darbietungen der Schauspieler zu gestalten, und daß dies Publikum des Shakespearetheaters in dem Stück selbst mitwirkt. Darin liegt also im Grunde keine besondere Leistung der Spielleitung. Aber wie war das gemacht! Da gab es keinen leeren oder roten Augenblick, jede Sekunde war mit Leben gefüllt, ununterbrochen strömte das Leben zwischen dem mitwirkenden Publikum und dem Theater im Theater hin und her. Ein kostlicher Einfall jagt den anderen, alles, das Verlangen des dem Vorhang bedienenden Arbeiters wie alle anderen Kleinigkeiten wurden benutzt und waren bis zum letzten durchgearbeitet.

Auch die einzelnen Darsteller boten hervorragendes: Den Vogel schloß das Gewürzkrämerpaar ab, das von Alfons Fink und Raja Sering gespielt wurde. Insbesondere Raja Sering war eine Prachtprobe. Gut war auch der Prologus des Alfred Habel. Der Darsteller nahm die Figur nicht einfach komisch, sondern zeigte deutlich die Höhe und Leiden der Künstlerhaft, die sich so vom Spielbürgertum mißhandeln lassen muß. Den heidenhastigen Gehilfen Ralph spielte Alfred Lipschütz. Obwohl diese Rolle seiner künstlerischen Individualität offensichtlich nicht sehr entgegenkommt, verstand er sie doch zu beleben und sogar teilweise zu befeelen. Von den Personen der Komödie seien genannt die Luze der Grete Kretschmer, der Gehilfe Jasper Josef Jachels und dessen Bruder Michael, den Otto Eduard Fass spielte und vor allem den Jünger Humphrey Manfred Jagers.

Die untermalende Musik von Hermann Behr war recht gefällig.

Stadt-Theater.

„Irisan und Holbe“.

(Wasserspiel.)

Unser Oper kann wieder einmal einen ganz großen, nachhaltigen Abend verzeichnen, der leider einen mehr als lächerlichen Schluß aufweist. Es gelangt uns, einen ganz Herber zu ziehen, der überall, wo er hieher auftaucht, beachtliche Aufnahme und widerspruchsfreie Anerkennung findet. Insbesondere haben

Der Mord auf der Krullstraße.

Die unter dem Vorverdict an der Sittenbirne Kristine ...

Widweib in Sedewitz.

In Sedewitz bei Canth befinden sich die Fußwege und ...

„Deutschland und Oesterreich.“

Soziale Bildstatistik in der Ausstellungshalle des Künstlerbundes ...

Arbeiter-Bildungsausschuss Breslau.

Genosse Dr. Fritz Brügel, Stadtkonzeptsrat der Wiener Arbeiterkammer ...

Eine Beamten-Konferenz der Partei

agierten gestern im Gesellschaftshaus „Wladislawia“ ...

Arbeiter-Wohlfahrts-Ausschuss.

Die Sprechstunden finden statt jeden Dienstag und ...

Der Ehrenbürgerbrief der Stadt Breslau für den Reichs-

präsidenten von Hindenburg, den Frau Paquita Komalki ...

16. Ziehungsstag Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterien.

- Die uns die Lotteriebaut Arndt, Edghaus Teuhenplatz 1 ...

Von einem Personentransportwagen umgerissen.

Am Sonntag morgen wurde in der Matthiasstraße der Schüler Kurt ...

„Sport“ auf dem Sportplatz Krieters.

Bei einem Fußball- und bürgerlicher Vereine auf dem Sportplatz Krieters ...

Die Feuerwehre wurde am Sonntag futz nach 20 Uhr

in der Berliner Straße von seinem Fahrzeu ...

Sozialdemokratische Partei, Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Brauen-Abende, finden morgen abend 8 Uhr statt bei ...

Unsere Funktionärung findet Dienstag, 20 Uhr, bestimmt in der Baracke ...

Sozialistische Jungmänner, Kapelle, Mittwoch am 20 Uhr mit Instrumenten kleine Halle, Neben ...

Wochenzettel der Arbeiterkinderfreunde, Sitzung, Helfer, Der Arbeitsauschuss trifft sich heute abend um 8 Uhr ...

Gruppe 1. Montag treffen sich die Jungfrauen im Heim und nicht Mittag ...

Gruppe 2. Dienstag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 3. Dienstag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 4. Montag, 5 Uhr, Jungfrauen-Arbeitsgemeinschaft. Die Kinder ...

Gruppe 5. Dienstag, 5 Uhr, Erwerbslosen in der Jahrschule. ...

Gruppe 6. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 7. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 8. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 9. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 10. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 11. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 12. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 13. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 14. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 15. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 16. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 17. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 18. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 19. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 20. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 21. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 22. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 23. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 24. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 25. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 26. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 27. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 28. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 29. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 30. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 31. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Gruppe 32. Montag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe, Neben und Bekleid. Des ...

Amtl. Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krieters bei Breslau.

Table with columns: Datum, Temperatur, Wind, etc. for various locations.

Das Wetter im Gebirge.

Von den nachfolgenden Stationen werden der Reihe nach Angaben gemacht ...

Wasserstand 27 Februar

Table with columns: Station, Wasserstand.

Logo for 'Der Arbeiter, Angestellten und Beamten' with a hammer and sickle.

Werbt

Das Blatt der Werktätigen monatlich 2,10 frei ins Haus

für die Volkswacht

Advertisement for 'Anteil der wichtigsten Länder an der Ein- u. Ausfuhr Russlands' with a bar chart.

Soziales.

Die Sterblichkeit an übertragbaren Krankheiten in Preußen.

Wie der Amtl. Preussische Pressebericht der Statistischen ...

Was insbesondere die Todesursachen Scharlach, Masern und ...

Fordert in allen Kinos „Die Volkswachschau“

Zu den deutsch-russischen Handelsverhandlungen ...

Angestellten- und Lehrlingsfrage.

Ein tägliches Gutachten des RWR.

Der Reichstag hat zur Behebung der Notlage der älteren Angestellten die Regierung wiederholt ersucht, Maßnahmen für das Halten der Lehrlinge im Handelsgewerbe festzusetzen. Die Regierung hatte deshalb vor längerer Zeit vom Reichswirtschaftsrat ein Gutachten über diese Frage angefordert. Dieses Gutachten, das vom Sozialpolitischen Ausschuss des R. W. R. erstattet worden ist, liegt nunmehr vor.

Die Vertreter der Arbeitgeber wandten sich gegen die Festsetzung von Lehrlingshöchstzahlen, während die Arbeitnehmervertreter die Einführung solcher Zahlen wünschten. Die Frage, ob durch eine Begrenzung der Lehrlingshöchstzahlen im Handelsgewerbe die Notlage der älteren Angestellten behoben werden könne, wurde in der Abstimmung (bei Stimmengleichheit) verneint. Für den Fall, daß der Reichsarbeitsminister Lehrlingshöchstzahlen festsetzen will, wurde eine einheitliche Regelung der Lehrlingshöchstzahlen verworfen; der Ausschuss empfahl dagegen einstimmig, Sonderregelungen für einzelne Handelszweige. Einstimmig angenommen wurde auch eine Entschädigung der Arbeitgeber, die Landesregierung zu ermächtigen, die Höchstzahlen der Lehrlingshöchstzahlen im Handelsgewerbe nach Benehmen mit den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer festzusetzen. Ebenso fand ein Antrag Annahme, daß Bestimmungen eines für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages, die eine weitergehende Beschränkung der Lehrlingshöchstzahlen vorsehen, an die Stelle der gesetzlichen Vorschriften treten sollen. Am Schluß der Beratungen wurde von der Arbeitnehmerabteilung noch eine Erklärung zu Protokoll gegeben, die eine baldige gesetzliche Begrenzung nicht nur der Zahlen der Lehrlinge, sondern auch der Zahlen der jugendlichen Angestellten bis zum 17. Lebensjahre verlangt.

Die Arbeitnehmervertreter haben vorgeschlagen darauf hinzuwirken, daß nach den Bestimmungen in den Verbandsnachweisen der Angestelltenvereine und in den öffentlichen Arbeitsnachweisen ältere Angestellte fast keine Aussicht haben, wieder Stellung zu bekommen. Auch die Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums kommt zu dem Schluß, daß die Stellungslosigkeit der Angestellten über 40 Jahre größer ist als bei den jugendlichen Angestellten und daß bei den Angestellten mit zunehmendem Alter die durchschnittliche Dauer der Erwerbslosigkeit steigt.

Genau kann man mit Lehrlingshöchstzahlen allein die Notlage der älteren Angestellten nicht beheben. Dazu ist noch mehr nötig. Aber man soll das eine tun und das andere nicht lassen. Das die Arbeitgeber des Handelsgewerbes auf die Lehrlingshöchstzahl nicht verzichten würden, war vorausgesetzt. Lehrlinge sind ja wertvolle Arbeitskräfte. Mit älteren Leuten kann man nicht so umspringen wie mit dem „jungen Gemüse“. Daher die Bevorzugung der Jugendlichen und die Lehrlingsjücherei! Nachdem der R. W. R. verlagert hat, muß die Frage des Schutzes der älteren Angestellten und Arbeiter — auch ein solcher ist notwendig — im neuen Reichstag, hoffentlich mit besserem Erfolg, von neuem aufgerollt werden.

Streitfragen der Arbeitszeit.

Ein interessantes Rechtsgutachten.

Für die ost- und westfälische Textilindustrie bestehen tarifliche Arbeitszeitregelungen, die in Auswirkung der Arbeitszeitgesetzgebung gültig sind. In beiden Tarifgebieten sind zwei verschiedene Verträge, ob neben den tariflich vorgeschriebenen Ueberstunden noch gemäß § 3 A. B. (Zahlung der Ueberstunden vom 1. 4. 27) vom Arbeitgeber nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung an dreißig Tagen im Jahre Mehrarbeit bis zu zwei Stunden verlangt werden kann. Infolge dieser Zweifel sind eine Reihe von Schwierigkeiten entstanden, die noch dadurch vergrößert wurden, daß ein Teil der im Tarifgebiet zugehörigen Gewerbeaufsichtsdirektoren für die Auslegung eintrat, die Mehrarbeit nach § 3 A. B. sei neben den tariflichen Ueberstunden zulässig und von den Arbeitnehmern zu leisten.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hat zur Klärung der Dinge ein Rechtsgutachten durch Universitätsprofessor Dr. Cuh Richter-Leipzig erhalten lassen. Dem Gutachter wurden folgende drei Fragen gestellt: 1. Sind durch die in den beiden Tarifverträgen für Ost- und Westfalen vorgeschriebenen Ueberstunden die Bestimmungen des § 3 A. B. abgelehnt? 2. Sind tarifbestimmte (oder durch Allgemeinverbindlichkeitserklärung erstattete) Arbeitnehmer zur Leistung solcher Mehrarbeit verpflichtet, zu der eine Gewerbeaufsichtsdirektion einem tarifgebundenen Arbeitgeber über die Tarifbestimmungen hinaus Erlaubnis gibt? Sind die Gewerbeaufsichtsdirektionen berechtigt, die Arbeitszeitverordnung anzulegen und über die Auslegung Rechtsansprüche zu erheben?

Der Gutachter untercheidet bei seiner Untersuchung scharf zwischen der öffentlich-rechtlichen Zulässigkeit der Mehrarbeit und der bürgerlich-rechtlichen Verpflichtung zur Mehrarbeit. Das Arbeitszeitgesetz als Teil des Arbeitnehmerrechts regelt, wie in dem Gutachten hervorgehoben wird, das Rechtsverhältnis zwischen dem Arbeitgeber und gegebenenfalls auch dem Arbeitnehmer, einerseits und dem Staat andererseits und gehört wegen der notwendigen Erfüllung des Staates als eines Trägers öffentlicher Gewalt dem öffentlichen Recht an. Die Frage nach der Verpflichtung zur Leistung einer bestimmten Arbeit oder von Arbeit zu einer bestimmten Zeit liegt dagegen im Rechtsverhältnis zwischen dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber, die beiderseits nicht (oder doch nicht notwendig) Parteien des öffentlichen Rechtes, sondern einfache Bürger sind und mit ihren Rechtsverhältnissen in der Ebene des bürgerlichen Rechtes stehen. Gemäß der hierher gehörigen Unterscheidung lautet der Gutachter zu dem Ergebnis, daß in der ost- und westfälischen Textilindustrie dem Arbeitgeber vom Arbeitnehmer über die 48stündige Wochenarbeitszeit hinaus nur die in den beiden Tarifverträgen ausdrücklich angeordnete Ueberstunden gebühren können, daß darüber hinaus die Arbeitszeitbestimmung des § 3 A. B. dem Arbeitgeber zwar öffentlich-rechtlich anerkannt, mangels bürgerlich-rechtlicher Grundlage aber nicht erzwingbar ist, daß diese Grundlage auch durch die Gewerbeaufsichtsdirektion nicht geschaffen werden kann und daß die Gewerbeaufsichtsdirektion sich der Erfüllungspflicht zur Frage der bürgerlich-rechtlichen Arbeitszeitverpflichtung zu enthalten haben.

Die Probleme der Unfallverhütung

Bilden eine der Gegenstände der Tagesordnung der nächsten Jahreskonferenz der Reichsarbeitsminister, die am 24. Mai in Genf stattfinden wird. Wie aus einer Zusammenfassung des Jahresberichts des Reichsarbeitsministeriums hervorgeht, sind in den jüngsten Jahren in verschiedenen Ländern Versuche unternommen zur Bekämpfung der Betriebsunfälle unternommen worden. So erzählt in Belgien der Unternehmerverband eine stattliche Zahl von Unfällen, die durch die Anwendung von Schutzmaßnahmen bei der Benutzung von Maschinen und Maschinenwerkzeugen zu vermeiden sind. In Großbritannien ist die Unfallverhütung durch die Anwendung von Schutzmaßnahmen bei der Benutzung von Maschinen und Maschinenwerkzeugen zu vermeiden sind. In Großbritannien ist die Unfallverhütung durch die Anwendung von Schutzmaßnahmen bei der Benutzung von Maschinen und Maschinenwerkzeugen zu vermeiden sind.

lungen für Unfallverhütung teilzunehmen, die Aufmerksamkeit weitest Kreise auf sich gelenkt. In den Vereinigten Staaten ist der Verband Associated General Contractors of America mit dem Studium von Unfallverhütungsfragen befaßt, um die Betriebssicherheit in den Baugewerben zu heben. In diesen Gewerben ist Auffklärung wegen des häufigen Arbeiterwchels besonders erforderlich.

Vorläufiges Ergebnis der Reichsbahnbetriebsratwahl im Direktionsbezirk Breslau.

Sieg des Einheitsverbandes.

Als vorläufiges Ergebnis zur Betriebsratwahl der Betriebsräte für die Eisenbahn im Reichsbahndirektionsbezirk Breslau sind bisher gezählt worden: Für den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands 13 966 Stimmen, für die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner 1755 Stimmen, für den Allgemeinen Deutschen Eisenbahnerverband 1755 Stimmen und für den Inparteiverband 348 Stimmen. Das Ergebnis ist ein Sieg für die freie gewerkschaftliche Eisenbahnerbewegung.

Der Lohnstreit im Holzgewerbe beigelegt.

In dem Lohnstreit des deutschen Holzgewerbes ist am Sonnabend im Verlauf der im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen über den vor dem tariflichen Lohnamt gefällten Schiedsspruch von den Parteien eine Vereinbarung getroffen worden, die gegenüber dem Spruch noch netzlicher Verbesserungen zuun Gunsten der Arbeitnehmer bringt. Nach der neuen Vereinbarung werden z. B. die tariflichen Löhne in Brandenburg ab 16. Februar von 84 auf 90 Pf. und vom Oktober ab auf 93 Pf. erhöht; in Bayern erfolgt eine Erhöhung von 101 auf 107 und vom Oktober ab auf 110 Pf.; in Hamburg eine solche von 111 auf 117, vom Oktober ab auf 121 Pf.; in Köln eine Erhöhung von 114 auf 120 Pf. und vom Oktober ab auf 123 Pf. Die Akkordsätze werden im gleichen Prozentsatz erhöht. Die Lohnvereinbarung kann erstmalig zum 15. Februar 1929 gekündigt werden.

Die Reichskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten

faßt auf ihrer ersten Tagung nachstehende bemerkenswerte Entschlüsse:

Der gegenwärtige Reichstag geht seinem Ende entgegen. Er hat für die Beamtenschaft lebenswichtige Entscheidungen getroffen, er hat eine Besoldungsordnung verabschiedet, die alles andere als sozial ist und von der Beamtenschaft in gar keiner Weise als zufriedenstellend angesehen werden kann. Er hat dem Staat der Wirtschaft folgend, das Beamtenrecht aufs Empfindlichste untergraben; Republikaner in Zentral- und Unterbehörden sind auf die Straße gestellt, das Christentumsverhältnis ist fast wie in Zeiten der Monarchie wiederhergestellt, der Grundgedanke, daß dem Tüchtigen freie Bahn gegeben werden soll, ist mit Füßen getreten.

Wir haben vorzunehmen! Bedeutsame Beamtenfragen hatten ihrer Erledigung. Auf ein neues Reichsparlament sieht wie das ganze Volk, so auch die Beamtenschaft mit besorgter Hoffnung. Wenn es unseren Wünschen gerecht werden soll, dann gilt es, den Sieg der Sozialdemokratischen Partei bei den kommenden Wahlen zu erkämpfen. Nur sie allein vertritt die sozialen und rechtlichen Interessen der deutschen Beamtenschaft.

Die erste Reichskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten (D. S. B.-Kongress) muß es darum den Kollegen in Stadt und Land zur Pflicht, die Reihen der Partei zu stärken. Nur ein starkes Volk der deutschen Beamtenschaft auf dem Boden der SPD. vermag ein freies, den Bedürfnissen der Republik gemessenes Beamtenrecht, auskömmliche Besoldung und die Freiheit des Aufstieges nach Kraft und Können. Nur in der sozialen Republik, die wir erstreben, wird die Beamtenschaft wie das ganze Volk zufrieden leben können.

Seit dem Streik der Berliner Werkzeugmacher.

Die Berliner Werkzeugmacher werden heute, Montag, in den Streik treten. Die Verhandlungen über die von den Arbeitnehmern geforderte Abschaffung der Mordarbeit und Erhöhung der Löhne haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Arbeitgeber fordern eine Erhöhung der Löhne um 1,10 Mark pro Stunde am Ende der Woche auf 1,25 Mark nach weiterer einjähriger Tätigkeit, auf 1,40 Mark nach zweijähriger und 1,50 Mark nach dreijähriger Tätigkeit. Die Arbeitgeber zeigen keinerlei Einigkeit. Der Schlichter hat die Verhandlungen über die streitigen Fragen geordnet; auch dieser Versuch scheiterte.

Streikverbot in Halle.

Die Arbeitsniederlegung im Eisenbergwerk ist heute in Halle, Bora und Hammer, sowie einigen kleineren Orten erfolgt. Gegenwärtig findet in Halle eine Streikversammlung statt.

Arbeitsniederlegung in Weida.

Bei den Lohnverhandlungen der Weidener Zuspinnererei und anderer ist eine Einigung nicht erzielt worden, weshalb der Betrieb eingestellt und 1100 Arbeiter eingestellt worden sind.

Der Tarifstreit im Buchbindergewerbe.

Der Tarifstreit des Verbandes der Buchbinder- und Papiererarbeiter hat sich, wie zu erwarten, in den jeweiligen Tarifverträgen zwischen den Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufzulösen und bei den Tarifverhandlungen zum Ergebnis zu kommen. Die Lohnsätze sind überzogen. Eine zufriedenstellende Einigung, die im vergangenen Jahr vom Verband erzwungen wurde, hat sich nicht ergeben. Die Arbeitgeber sind auf der einen Seite bereit, die Lohnsätze zu erhöhen, auf der anderen Seite aber nicht bereit, die Lohnsätze zu erhöhen. Die Arbeitgeber sind auf der einen Seite bereit, die Lohnsätze zu erhöhen, auf der anderen Seite aber nicht bereit, die Lohnsätze zu erhöhen.

In Schlußstadium

der niederländischen Besoldungsindustrie haben bereits verschiedene Unternehmen und Reichsbahn Firmen sich mit den Arbeitern verständigt und von der Besoldungsfrage Abstand genommen. Die meisten der Arbeiter sind gut. Eine Ausdehnung des Streikverbotes auf die Besoldungsindustrie ist in den letzten Tagen dem Verband angedroht.

Streikverbot im Malerhandwerk.

Der freigewerkschaftliche Malerverband hat sich in diesen Tagen einem beachtenswerten Mitgliedererfolg zu erfreuen. Er konnte am 24. Februar 2778 Mitglieder gewinnen, was ein sehr hoher Erfolg ist. Die Mitgliederzahl ist in den letzten Tagen dem Verband angedroht. Der Streikverbot im Malerhandwerk hat sich in diesen Tagen dem Verband angedroht. Der Streikverbot im Malerhandwerk hat sich in diesen Tagen dem Verband angedroht.

Ortskonferenz im Baugewerbe.

Berlin, 25. Februar. Zur Nachricht über den vom Reichsarbeitsminister beschlossenen Vergleichsvorschlag wegen der Uebertragung der Besoldung des Reichsfinanzministers auf das Baugewerbe, erfahren wir vom deutschen Baubeamtenverein, daß sämtliche am Tarif beteiligten Organisationen auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite ihre Zustimmung erklärt haben.

Besserung der Lage auf dem Berliner Arbeitsmarkt.

Die fortschreitende Besserung auf dem Arbeitsmarkt im Bereiche des Landesarbeitsamtes Brandenburg hat auch in der Berichtswoge angehalten. Der Rückgang der Erwerbslosigkeit im allgemeinen ist um so bedeutender, als in einigen Berufen recht beachtliche Zugänge zu verzeichnen waren. Bei Bestehenbleiben der günstigen Witterung dürfte mit einer weiteren Besserung der Arbeitsmarktlage zu rechnen sein.

Zur Frage der Beitragsbefreiung in der Arbeitslosenversicherung

Ist soeben im Reichsanzeiger eine beachtenswerte Verordnung des Reichsarbeitsministers erschienen. Bisher war die schon vor dem Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherungsgesetze genehmigte Befreiung für bestimmte Arbeiterkategorien, vor allem für Landarbeiter mit langfristigen Verträgen, Lehrlinge usw., bis zum 31. März begrenzt. Die Befreiungsanträge hätten also nicht erneuert werden müssen. Diese Erneuerungspflicht ist durch die neue Verordnung des Reichsarbeitsministers weggefallen.

Kommunalbeamten-Versammlung.

Am Montag, den 20. Februar, fand im großen Saal des Kaufmannsheims eine von der freigewerkschaftlichen Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten einberufene Versammlung städtischer Beamter und Dauerangestellter statt. Wie der Versammlungsleiter, Kollege Tilsch, einleitend bemerkte, war die Versammlung nicht so, wie erwartet, besucht, weil der Magistrat unbegrifflicher Weise die Einladung der Gewerkschaft durch Handzettel in den städtischen Betrieben verboten hatte, ein Recht, das er dem „neutralen“, dem Deutschen Kommando angeschlossenen Kommando seit Jahren einräumt, ganz abgesehen davon, daß der Kommando städtische Diensträume, Möbel, Amis-telefon usw. für lächerliche Anzeigengebühren vom Magistrat gestellt bekommt und keine Beiträge durch die Staatshauptkasse von den Monatsgehältern rüchzt, ohne dafür eine Verwaltungsgeld zu bezahlen. Die Angelegenheit, die sehr stark politischen Anstrich hat, wird die städtischen Körperschaften nach zu beachtenden haben. Der Vorsitzende verwehrt sich jedwem gegen die Unterstellung, daß die Reichsgewerkschaft ein einseitig politisch eingestellter Verband sei, auf das Entschiedenste.

Darauf ergriff Kollege Theel von Berlin von der Verbandslitung das Wort und führte in längerer temperamentsvoller, häufig von Beifall unterbrochener Rede die Stellung der freigewerkschaftlichen Beamtenverbände zur Besoldungsfrage aus. Er schilderte dabei das zwiespältige Verhalten des Reichsfinanzministers und der Regierungsparteien, und betonte besonders, wie merkwürdig, die Interessen der Beamten aufs empfindlichste schädigende Haltung der Deutsche Beamtenbund in den ganzen Fragen eingenommen hat. Der Redner zeigte auch, wie wenig die neue Besoldungsordnung von sozialer Gerechtigkeit erfüllt ist. Sie gibt oben Zulagen, die der untere Beamte kaum mit zwei Monatsgehältern erreicht. Es kommt für den Beamten nicht so sehr darauf an, gewerkschaftlich seine Interessen nur bei den Besoldungsfragen zu vertreten, er muß wirtschaftlich denken lernen und einsehen, daß er als Verbraucher auch andere Interessen zu wahren hat. Eine Zoll-, Miet- und Steuerpolitik, die ihm rücksichtslos die geringen Einkommensverbesserungen, welche ihm durch die Besoldungserhöhungen zustehen, wieder entzieht, muß die Beamtenschaft zu gewerkschaftlicher und auch politischer Aktivität zwingen. Die Haltung der Wirtschaftsdiktatoren, der Schwerindustrie und des Landbundes — unser Ruin sind der Beamte und das Ewin — fanden gebührende Gehör. Die Beamtenschaft dazu zu erziehen, ist im Gegensatz zum Deutschen Beamtenbund, der glaubt, die Interessen der Beamtenschaft nur bei Besoldungsverhandlungen — und noch dazu in recht eigenartiger Weise — vertreten zu müssen, sie im übrigen aber einzulassen. Die Aufgabe der freigewerkschaftlichen Beamtenverbände im A. B. ist die, die freigewerkschaftlichen Beamten sich als Diener der Gesamtheit fühlen und entscheiden auf dem Boden der heutigen Staatsverfassung stehen, wurde von Kollegen Theel mit aller Deutlichkeit herausgehoben.

Als Mitberichterstatter sprach Kollege Spinnacker, der Vorsitzende der Ortsgruppe Breslau der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, über den Stand der Breslauer Besoldungsverhandlungen. Die Reichsgewerkschaft hat sich mit der Arbeitsgemeinschaft freigewerkschaftlich organisierter Beamtenverbände beim Magistrat, dem Rat der Feuerwehr und dem Verbandsrat entschieden dafür eingesetzt, daß mit dem Anfang der zahlreichen Besoldungsgruppen aufgehört wird, und daß insbesondere die Gruppen 11 und 12, die nach dem Vorschlag des Magistrats beibehalten werden sollten, in Fortfall kommen. Der Kommando hat in den Vorverhandlungen zur Besoldungsordnung wieder einmal sein besonderes Gesicht gezeigt. Ganz abgesehen davon, daß er keinen Vertreter der unteren Besoldungsgruppen zu den Verhandlungen zuzog, hat er die Interessen der unteren Gruppen so lau gewahrt, wie das von ihm nach seiner früheren Haltung zu erwarten war.

Welcher Art die Politik des Kommando ist, zeigte sein Bericht, Kollege Kitzler, der zur Versammlung erschienen war, in seinen dem Magistrat gegenüber überaus vorsichtigen Ausführungen. Die Versammlung hatte durchaus den Eindruck, daß er dem Arbeitgeber, dessen Untermeister im Rathaus er ist, wirklich nicht wehe tun will. Die Ausführungen des Kommando-Berichters fanden bei den anwesenden Kommando-Mitgliedern sehr gemischte Aufnahme. Vielleicht sind den Kollegen dort die Augen aufgegangen über die Art, wie sie von ihrem Verband vertreten werden. Die überhebliche Art und Weise jedenfalls, in der der Kommandant von seinen Verdiensten sprach, erntete schwere Empörung bei allen Anwesenden.

Die Ausführungen der freigewerkschaftlichen Redner fanden in der Versammlung ungeteilte, widerstandslose Aufnahme. Kollege Theel betonte in seinem Schlußwort noch, daß trotz mehrfacher Aufforderungen der Kommandovertreter die Antwort auf die Frage, ob er mit seinem Verband für Streikung der untersten, das Lebensniveau in keiner Weise erreichenden Gruppen 11 und 12 sei, schuldig geblieben sei.

Die Versammlung ist als ein Erfolg freigewerkschaftlicher Beamtenschaft in Breslau zu buchen und wird ihre Früchte tragen.

Der Erfolg der Schokoladenarbeiter bei Klingenberg.

Wie schon mitgeteilt wurde, ist der Streik in der Schokoladenfabrik Klingenberg mit vollem Erfolg für die Belegschaft beendet. Die Arbeit wurde am Freitag geschlossen unter folgenden Bedingungen wieder aufgenommen:

1. Die Belegschaft tritt am Freitag, den 24. Februar, geschlossen zur Arbeit an.
2. Nachgehörungen finden nicht statt.
3. Die Streikenden, welche im Streik sind, müssen sofort entlassen werden.
4. Die neuen Tariflöhne werden rückwirkend ab 1. Februar gezahlt.

Die Firma legt Wert darauf, daß bekannt gegeben wird, daß sie aus dem Schließigen Arbeitgeberverband der Schokoladen- und Zuckermaschinenindustrie z. B. ausgetreten ist und deshalb der Partei, die Tariflöhne nicht zahlen (besser die selben allgem. verbindlich erklärt sind), nicht mehr folgt.

Streikende Arbeiter- und Gewerkschaften in der Fabrik Klingenberg. Die Arbeiter- und Gewerkschaften in der Fabrik Klingenberg. Die Arbeiter- und Gewerkschaften in der Fabrik Klingenberg.

Kapitän Bert Hinkler



Er ist mit einem kleinen 30 PS-Flugzeug in 17 Tagen von England nach Australien, seiner Heimat, geflogen. Hinklers Leistung ist um so anerkannter, als der beste England-Australien-Flug bisher in 25 Tagen mit einem besonders starken Flugzeug zurückgelegt war.

Die Strafanträge im Barmat-Prozess

Im Barmat-Prozess verkündete Oberstaatsanwalt Dr. Trautmann am Sonnabend die Strafanträge. Er beantragte gegen Julius Barmat fünf Jahre Gefängnis, 500 000 Mark Geldstrafe, fünf Jahre Ehrverlust und Verfallklärung der Bestechungsgelder, gegen Henry Barmat zwei Jahre sechs Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, gegen den Staatsrat Dr. Hellwig zwei Jahre Gefängnis, Verfallklärung der Bestechungsgelder und Amtsverlust auf die Dauer von fünf Jahren, gegen den Reichstagsabgeordneten Langehegermann ein Jahr Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe.

Im einzelnen führte Oberstaatsanwalt Trautmann aus: Der durch das strafbare Treiben von Julius Barmat verursachte Schaden sei volkswirtschaftlich nicht dadurch ausgeglichen, daß ein großer Teil der Gelder in die Industrie geflossen ist; denn die Verwendung der Gelder sei unwirtschaftlich gewesen; sie habe keinen nachhaltigen Nutzen für die deutsche Industrie gehabt. Barmat habe auch noch dem Zusammenbruch nichts getan, um den Schaden wieder gutzumachen, im Gegenteil, er sei nur bestrebt gewesen, sein holländisches Vermögen dem Zugriff der Gläubiger zu entziehen. Henry Barmat sei über alle Geschäfte seines Bruders genau im Bilde gewesen. Er sei aber trotz seines kammern Aufstretens nur eine Nebenfigur. Seine strafrechtlichen Handlungen seien nicht so schwer wie die seines Bruders. Staatsanwalt Dr. Hellwig habe mit den ihm anvertrauten Geldern, mit den Geldern eines völlig verarmten und um seine Existenz schwer ringenden Volkes, in unverantwortlicher Weise gewirtschaftet. Diese Straftat sei für einen Beamten außerordentlich schwer. Trotzdem müßten ihm mildernde Umstände zugestanden werden. Abg. Langehegermann habe die hohe verantwortliche Stellung eines Abgeordneten mißbraucht und sich nicht geschämt, Gelder des Staates, die er zur Verwendung für vaterländische Zwecke im befestigten Gebiet erhalten habe, für Zwecke zu verwenden, an denen er persönlich interessiert gewesen sei.

Gegen die übrigen Angeklagten beantragte der Oberstaatsanwalt geringe Gefängnis- und Geldstrafen. Er schloß sein Plaidoyer mit dem Antrag, den gegen Julius und Henry Barmat bestehenden Haftbefehl wieder aufzunehmen und unter Befolgung der gestellten Sicherheit die Haftentlassung zu bewilligen.

Schwere Explosionskatastrophe

In der Nacht zum Sonntag ereignete sich in der Brikkfabrik Hubertus-Straußhölzengesellschaft in Guggen im Rheinland eine schwere Explosionskatastrophe, der mehrere Menschenleben zum Opfer fielen. Infolge einer Kohlenstaubeexplosion an der elektrischen Entstaubungsanlage flog der ganze Kohlenhaufen in die Luft. Insgesamt wurden 32 Arbeiter verletzt, davon 25 schwer. Ein Arbeiter wurde sofort getötet. Von den Schwerverletzten starben in der Unfallsnacht noch zwei. Weitere Personen schweben in Lebensgefahr. Die Angehörige der unglücklichen Opfer dieser Katastrophe wiederholt den Versuch machten, das Krankenhaus Guggen zu stürmen, mußte die Polizei eingreifen.

Das Bergwerksunglück bei Northsmith

Bei der Explosion in einem Bergwerk in Pennsylvania sind dreizehn Arbeiter getötet worden. Ueber hundert Arbeiter konnten sich retten. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt. Der durch die Explosion entstandene Brand erschwerte die Rettungsarbeiten.

Tödlicher Flugzeugabsturz

Das von den Schweizer Flugzeugwerken erbaute letzte Verkehrsflugzeug „Moris 20“ sollte am Sonntag von dem bekannten Piloten der Deutschen Luftwaffe, Hermann, abfliegen. Das Flugzeug hatte kaum die Höhe von 300 Metern erreicht, als es plötzlich schief wurde und in die Höhe schoss.

Ein Weibsteufler schlimmster Sorte

wurde dieser Tage vor dem Schöffengericht in Bonn entlarvt. Verhandelt wurde gegen einen Dr. S. aus Köln wegen Verleumdung der Kriminalpolizei. Dr. S. wird beschuldigt, in verschiedenen Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft und beim Regierungspräsidenten Verleumdungen begangen zu haben. Die Anzeigen waren mit seinem Namen nicht unterzeichnet, sie sollen jedoch auf seinem Büro geschrieben worden sein. Die Verhandlung brachte über die angeblich beleidigte Frau Julie Krempel und die Bonner Kriminalpolizei sensationelle Enthüllungen. Frau Krempel hatte ein Verhältnis mit einem verheirateten Sänger aus Beuel bei Bonn. In ihrem Hause in Bonn veranstaltete sie von Zeit zu Zeit mit Männern wahre Orgien. Der Sänger, ihr Liebhaber, der im Juni vergangenen Jahres im Städtischen Krankenhaus in Essen in der Armenabteilung gestorben ist, stand infolge sexueller Hingabe völlig unter der Fuchtel der Frau Krempel. Die tot gebrochene Frau des Sängers, die als Zeugin vernommen wurde, erklärte, daß ihr Mann auf Anstiftung der Krempel Weihnachten 1921 einen Mordversuch verübt habe. Die Krempel hatte ferner einen Einbrecher geduldet, der bei der Familie des Sängers einen Einbruchsdiebstahl verüben sollte. Diese Verbrechen wurden bereits im November 1924 bei der Oberstaatsanwaltschaft gemeldet. Am 30. Januar erklärte aber der Staatsanwaltschaftsrat Neuhoff in der Verhandlung, er könne gegen die Frau Krempel nicht vorgehen, weil die Tochter des Sängers den Strafantrag zurückgezogen habe. Das wird jedoch von Mutter und Tochter bestritten. Die Witwe des Sängers versicherte, daß sie nie bei der Bonner Polizei Schutz gefunden habe. Der verstorbene Sänger hat einmal zu ihr gesagt: „Es war noch nicht warm bei der Polizei, was Du dort hingeschrieben hast, und schon wußten ich und mein Juchsen Bescheid. Mein Juchsen hat sie alle in der Hand, mit allen steht sie per Du. Für einen Schnaps und ein Glas Bier erreiche ich alles.“ Wie verlautet, soll die Krempel als Spindel für die Sittenpolizei beschäftigt worden sein. Auch bei der französischen Besatzung in Bonn soll sie sich betätigt haben. Sie wird mit verschiedenen Ausweisungen in Zusammenhang gebracht. In einigen anderen Prozessen, in die die Krempel verwickelt ist, sind Eidesverletzungen vorgekommen. Allem Anschein nach ist hier ein stinkender Sumpf aufgedeckt worden, der wohl noch manchem zum Verhängnis werden dürfte.

Neue Enthüllungen im Lombardskandal

Die Untersuchung in dem Berliner Lombardhausskandal Bergmann hat im Laufe des Sonnabends zu weiteren überraschenden Ergebnissen geführt. Der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Städel, hat Bergmann eröffnet, daß die Voruntersuchung, die bisher nur wegen Betruges geführt wurde, auf Antrag der Staatsanwaltschaft auch auf Konkursverbrechen und Konkursdelikten ausgedehnt wird. Die Staatsanwaltschaft erblickt das Konkursvergehen darin, daß Bergmann in der letzten Zeit vor seiner Verhaftung, als der Zusammenbruch schon drohte, einen zu großen Aufwand getrieben und dadurch seine Gläubiger geschädigt hat. Gegen Staatsanwalt Jakobson kommt jetzt möglicherweise auch Beihilfe zum Konkursvergehen in Frage. Die Verteidiger Bergmanns haben dem Untersuchungsrichter zahlreiche Zeugen genannt, die im Gegensatz zu der Annahme der Staatsanwaltschaft bekunden, daß Bergmann keinen Luxus getrieben hat.

Ein neues Wassersportgerät „Das Schwimmstift“



Zwei Berliner Kaufleute, Herr Martin Igodh, Steglitz, und Herr Friedrich Krenzien, Tempelhof, haben ein neues, Schwimm- und Rudersport vereinigendes Wassersportgerät, das auch als Rettungsapparat verwendbar ist, erfinden. Der Schwimmstift liegt in einem durch Luftkörper getragenen Korb und legt durch die üblichen Schwimmbewegungen der Arme und Beine besonders konform mit der Bewegung. Er ist als zusammenlegbares Rudergeschäft für Nichtschwimmer konstruiert.

Die Skandalaffäre von Wilhelms Schwager,



Alexander Subkoff, wird für den Russen unangenehme Folgen haben. Subkoff, der bekanntlich im Vorjahre als 26jähriger die 33jährige Prinzessin Viktoria zu Schaumburg-Lippe heiratete (unser Bild zeigt die neueste Aufnahme des unglücklichen Paares), hat in einer Berliner Bar schwer betrunken, einen Pagen mit Bogzügen und Fußstapfen bearbeitet; der arme Junge mußte in das Krankenhaus geschickt werden. Soffentlich greift diesmal die Justiz ohne Rücksicht auf Subkoffs angeheiratete gute Beziehungen energisch durch.

Ein Mißbrauch- und Bestechungsprozess

kommt in der nächsten Woche in Frankfurt (Main) zum Austrag. Angeklagt ist der Fabrikant Albert Wagner aus Ludwigshafen, der sich vom einfachen Maurer zum Bauwerksmann emporgearbeitet hat, bei seinem Aufstieg aber in der Wahl seiner Mittel nicht wählerisch war. Sein Aufstieg begann in der Inflationsperiode; im März 1927 hatten ihn seine stark anrüchigen Geschäftsmethoden bereits ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Geschädigt sind durch seine unlauteren Machenschaften vor allem die J. G. Farbenindustrie, der Reichsfiskus und der Paktiskus der Pfalz. Sein Mittelmann war der Ludwigshafener Volksinspektor Kappel, der an der Spitze der vierzehn mitangeklagten Helfer und Vermittler für Bauaufträge steht. Die Schwindeltätigkeit erstreckte sich über Südwest- und Mitteldeutschland. Die Angeklagten werden von sechzehn Rechtsanwälten verteidigt. Das Zeugenaufgebot umfaßt 90 Personen.

Schwemmjandeeinbruch auf Grube „Germania“

Zwei Bergleute verschüttet. Donnerstag früh, 5.50 Uhr, ereignete sich auf der Grube „Germania“ ein Schwemmjandeeinbruch, der die Strecke etwa 40 Meter zugehörig hat. Zwei Bergleute sind durch das Unglück eingeklemmt, und bis Freitag mittag ist es nicht gelungen, an die beiden Verschütteten heranzukommen, obgleich die Gesteinsbelastung in drei Schichten für die Bergungsarbeiten eingeleitet ist. Der übrige Betrieb ruht. Die Bergbehörde ist gestern an der Unfallstelle eingetroffen und hat die Hilfsmaßnahmen mit der Grubenleitung beschlossen.

Schweres Betriebsunglück

Sonnabend vormittag schlug in einer Kurve der vordere Wagen eines Zuges der Wandbacher Industrie werke um. Der Bremser erlitt hierbei schwere Verletzungen. Der Beifahrer des Zuges geriet beim Abkippen unter den umfallenden Wagen und konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Selbstmord eines Primaners

Ein Oberprimaner der Hamburger Oberrealschule St. Georg vergiftete sich mit Zyanid, weil er seine Abiturienten-Examen nicht bestanden hatte.

Ein Arzt unter Mordverdacht verhaftet

Freitag nachmittag wurde der praktische Arzt Dr. Girsch in Heiligenkreuz bei Plan unter dem Verdacht verhaftet, am 7. Februar den bisher noch unaufgeklärten Mord an einer Lehrerin begangen zu haben. Der Verdacht gegen Dr. Girsch gründet sich auf die Anzeige eines Landwirts, der beobachtet hat, wie der Arzt von der Schule, in der der Mord verübt wurde, den Weg über die Wiesen nahm, um sich in den Gebüsch zu verbergen. Die sofort angestellten Erhebungen ergaben, daß sich Dr. Girsch am dem betreffenden Abend in einem Gasthaus in Heiligenkreuz aufgehalten hat.

„Auf der Alm, da gibts los Sünd“

— so steht es im Lied, aber nicht in den Akten der Tiroler Polizei, die sich in der letzten Zeit mit den sich immer mehr häufenden Einbrüchen in den Almhütten beschäftigt mußte. Bereits im Sommer und Herbst 1928 nahmen in den Tiroler und Salzburger Bergen die Almhüttenräubereien in ungewöhnlicher Weise zu. Woche für Woche erhielten die Gendarmestationen immer neue Meldungen über die Plünderung von Touristenheimen und Almhütten durch Einbrecher, ohne daß es gelang, den Dieben auf die Spur zu kommen. Die Banditen raubten nicht nur die Hütten, die vielfach bereits für den Wintergebrauch hergerichtet waren, sondern auch die grauenhafte Verwüstungen an den Häusern und dem Mobiliar an.

Bei den Nachforschungen der Polizei wurde eine Briefkastendiebstahl mit einem auf den Namen Wieland lautenden Ausweis gefunden. Dieser Wieland wurde schon seit langem freischaffend gesucht. Nach vieler Mühe gelang es einer Gendarmestation, des Verbrechens habhaft zu werden, als er und seine Kumpane nach einem Hütteneinbruch mit vollbeladenen Rucksäcken zu Tal wanderten. Erst der ganze nördliche Teil der Ostalpen wurde von den Räubern durchsucht — es handelt sich um sechs Köpfe — heimgelockt. Ueber 120 Hütteneinbrüche hat die Polizei festgestellt. Wieland wurde von dem Innsbrucker Gericht zu fünf Jahren schweren Kerkers verurteilt, seine Kumpane zu fünf Jahren Gefängnis, während zwei an den Tiroler Gerichten verurteilt wurden.

Arbeiter-Sportbewegung

Jugendnöte und Leibesübungen

Die Berliner Schülermordtragödie, deren Nachspiel sich dieser Tage vor den Säulen des Schwurgerichts abrollt, hat wiederum die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf das ewige Problem der sexuellen Jugendnöte gelenkt. Von vornherein muß die Auffassung zurückgewiesen werden, als ob es sich bei den in diesem Prozeß aufgedeckten sexuellen Abirrungen ganz allgemein um eine Kausalerscheinung des heutigen Jugendlebens handelte, die vielleicht gar als eine Folge der Revolution anzusehen sei. In diesem Zusammenhang kann nicht einmal der Fall der Hauptbelastungszeugin des Krankenhauses, Elise Scheller, als besonders auffällig bezeichnet werden. Es handelt sich vielmehr um eine natürliche Erscheinung bei den Jugendlichen, die selbstverständlich durch Vererbung bei bestimmten Personen mehr oder minder stark ausgeprägt sein kann. Es bleibt danach nur noch die Frage zu erörtern, wie der sexuellen Jugendnöte mit den Mitteln der Erziehung am erfolgreichsten zu begegnen ist.

Eine überholte Anschauung spielte darin, der Jugend durch anstrengende, zeitlich lang ausgedehnte körperliche Arbeit alle überflüssigen Kräfte, die zu sexueller Betätigung drängen könnten, zu entziehen. Die Evidenzhaftigkeit wagt aber heute niemand mehr zu vertreten. Würde man als richtig unterstellen, daß die Jugend der höheren Schulen besonders hart von den Anforderungen der Pubertätszeit ergriffen ist, während die körperlich arbeitende Jugend in geringerer Maße davon erfaßt wird, dann dürfte sich für die moderne Erziehung ganz von selbst die Schlussfolgerung ergeben, daß die Leibesübungen ein natürliches und hervorragendes wirksames Mittel zur Milderung dieser Nöte sind. Man darf nun freilich nicht den Fehler begehen, die Leibesübungen kritiklos als ein Allheilmittel der Jugendverderbnis anzuempfehlen zu wollen, wie es Halbweiser gern tut. So viel steht aber fest, daß Gymnastik und mehr noch anstrengende sportliche Übungen Kräfte absorbieren, die sonst zu erzieherischer Entfaltung drängen. Je mehr die Übungen sich im Freien bei möglichst unbedecktem Körper abspielen, um so wirksamer sind sie für das Körper- und Seelenleben. Eines der wichtigsten Erziehungs-mittel gegen eine ungeliebte Entwicklung des Trieblebens liegt aber in dem gemeinsamen Sportbetriebe der beiden Geschlechter. Die Wirkung dieses Zusammenlebens wird noch dadurch erhöht, daß im Sport zwischen den Geschlechtern ein starkes Gemeinheitsgefühl herrscht. Ebenso stark dürfte die Wirkung der Sportbetätigung sein, die einer schlüpfrigen Phantasie sehr wenig Spielraum bietet, und es muß in diesem Zusammenhang auf die bedauerliche Einstellung besonders der Vertreter der katholischen Kirche hingewiesen werden, die sich in völlig richtiger Tendenz anglich gegen das gemeinsame Turnen der Geschlechter sträubt. Vor allem hat der Krank-Prozeß aber die Behauptung bestätigt, daß der Genuß von Alkohol und Nikotin das Geschlechtsleben der Jugend geradezu verhängnisvoll beeinflusst, und das Leben der in der Pubertätszeit befindlichen Jugendlichen in den sogenannten Kampferbänden den schädigenden Einflüssen ausgesetzt ist. Das geschwächte Kraftmaß, das in diesen Verbänden herrscht, bewirkt das Gegenteil einer gesunden Entwicklung der Jugend. Der hier gesagte Umgang mit Waffen, besonders der Besitz von Pistolen und Revolvern in den Händen Jugendlicher, führt nur zu oft zu unvorstellbaren Katastrophen. Auch das hat der Krank-Prozeß aufs deutlichste erwiesen. Die heutige Jugend ist aber auch noch durch mangelhafte soziale Verhältnisse besonders gefährdet.

Dieser doppelt schweren Not kann nur abgeholfen werden durch eine gesunde Beschäftigung in Spiel und Sport, verbunden mit einer mitgehenden Aufklärung über die natürlichen Lebensvorgänge. Es gilt, auch durch planmäßigen Sport ein Geschlecht zu erziehen, das nicht nur über die natürlichen Lebensvorgänge aufgeklärt ist, sondern das auch stark an Körper und Geist allen Anfechtungen des Lebens zu trotzen vermag.

Die Fahrpreisermäßigung für Touristen

Die in den einzelnen Ländern nach immer außerordentlich verbleibend gehandhabt. Im Gegensatz zu der Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn schneidet Deutschland in dieser Beziehung die Fahrtickets ab. Jugendliche in Gruppen von mindestens 10 Wanderern und einem Führer erhalten heute zwar wieder 50 Prozent Ermäßigung, aber für erwachsene Wanderer besteht bisher nur eine Erleichterung in Form der Gesellschaftsfahrten mit mindestens 20 Teilnehmern bei mehr als 30 Kilometer Entfernung; sie beträgt dann 25 Prozent. Ausnahmsweise dürfen die Erwachsenen nach vorheriger Genehmigung auch Schnellzüge benutzen. Das daneben bestehende System der Sonntags-Rückfahrten ist aber noch längst nicht genügend ausgebaut. In der Tschechoslowakei wird bereits bei Gruppen von 6 Personen und 10 Kilometer Entfernung eine Ermäßigung von 33 1/3 Prozent gewährt. In Österreich werden für Touristen Rückfahrten mit einer Gültigkeitsdauer bis zu 17 Tagen ausgebaut. Dabei wird eine Preisermäßigung von 40 Prozent gewährt. Auch Schnellzüge dürfen benutzt werden. Allerdings müssen die Wanderer einer Organisation angehören, die dem Verband zur Wahrung gemeinsamer touristischer Interessen angeschlossen ist. Das trifft auf die Organisation der Arbeiterwanderer, den Touristenverein der Naturfreunde zu. Auch die deutschen Mitglieder der Arbeiter-Wanderorganisation gelangen dadurch in den Genuss dieser Ermäßigung. Neben einer vollständigen Mitgliedschaft müssen sie nur im Besitz einer Marke des genannten Verbandes sein (Preis 30 Kr.). Diese Marken sind bei den Stationen der österreichischen Bundesbahnen in Linz, Wien, Kufstein, Salzburg und Wien sowie bei der Tschechoslowakischen Wanderankunftsstelle des T.S. „Die Naturfreunde“, Kärnten, Berggasse 1, erhältlich. Eine ähnliche Marke in der Mitgliedschaft der Naturfreunde besteht, berechtigt auch zur verbleibenden Benutzung der Bahn in Ungarn. Bei Gruppen von 10 Personen tritt dort eine Ermäßigung von 50 Prozent ein.

Die deutsche Olympia-Kleidung für Amsterdam ist schwarz-weiß-rot.

Daran ändert sich eine „Richtigstellung“ des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen nicht. In dieser Richtigstellung heißt es: „Künftig ist von sozialistischen Zeitungen die Behauptung ausgebracht und über bürgerliche Blätter ungerührt in die französische Presse und von da wiederum in die deutsche übernommen worden, die deutsche olympische Mannschaft wolle bei den Amsterdamer Spielen in schwarz-weiß-roter Sportkleidung auftreten. Demgegenüber wird festgestellt, daß der vom Deutschen Olympischen Ausschuss für Amsterdam vorgeschriebene Sportanzug dem für St. Moritz gebrauchten gleicht. Er besteht aus weißem Stoff und trägt den schwarzen Reichsausschuss auf selbstem Grunde in einem roten Streifen.“

Schon der in dieser Auslassung gebrauchte Ausdruck „auf selbstem Grunde“ beweist, daß der Reichsausschuss auf keinen Fall dem Verdacht ausgeliefert sein möchte, die Reichsflagge schwarz-weiß-rot als Grundfarbe für die Olympia-Kleidung gewählt zu haben. Er will also auch in Amsterdam schwarz-weiß-rot auftreten. Die oben wiedergegebene Richtigstellung ist deshalb nur ein Spiel mit Worten.

2796 Sprachen.

Die meisten Menschen wissen fälschlich nicht, wieviel Sprachen auf der Welt gesprochen werden. Nach einer ausführlichen Statistik kommt die Zahl der Sprachen, wenn die verschiedenen Idiome teils mehr oder weniger Bedeutung finden, auf eine absolute Berechnung belaufen jedoch nicht weniger als 2796 gesprochene Sprachen, deren 866 Hauptsprachen sich wie folgt verteilen: Europa 48, Asien 153, Afrika 118, Nord- und Südamerika zusammen 424, Ozeanien (Südpazifik) 117. Das ist gewiss ein außerordentlich hoher Prozentsatz. Jedoch ist die genaue Ermittlung der weltweiten Sprachenanzahl dem Verfasser der Weltatlas-Sprachenliste, in der Möglichkeit gegeben, das Sprachensystem zu klären. Es ist notwendig, daß jeder Mensch Oberflächlich lernen und anwenden

Der Funktionär.

Das Gedelben jeder Organisation in der Arbeiterbewegung ist in hohem Maße abhängig von einer geschulten Führerschaft. Daran fehlt es aber besonders auch in der Arbeiter-Sportbewegung. Die Mehrzahl selbst der größten Arbeiter-Sportvereine verfügt nicht über einen fachlich und geistig genügend geschulten Funktionärkörper, und bei den kleineren und kleineren Organisationen ist es in vielen Fällen eine Persönlichkeit, die als Unsocialfunktionär alle nur denkbaren Interessen des Vereins auf sich nehmen muß. Diese Beobachtungen kann der im Vereinsleben lebende Funktionär und vor allem der Spitzenfunktionär täglich machen.

In der Erkenntnis dieses Notzustandes hat sich die Bundes-schule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes die Schulung eines festen und zielbewussten Funktionärkörpers zu einer ihrer ersten Aufgaben gemacht, wobei es ihr vor allem auf die pädagogische Schulung des Funktionärs, auf die Erziehung der zur Führung befähigten Persönlichkeit ankommt. Belanglose Eitelkeiten können in den kleineren Vereinen oft zu den größten Katastrophen führen und verhängnisvoll sein. Die besten Organisationsgebilde aerrütten, wenn nicht ein in sich gefestigter Charakter an der Spitze des Vereins steht und ihn durch den Einfluß seiner Persönlichkeit zusammenhält. So muß selbst die noch so gut durchgeführte Organisation einen Führer haben, der aus der Eigenart seiner Persönlichkeit heraus wirken kann, dem aber andererseits gleichzeitig von der Gemeinschaft Wertung und Anerkennung für seine Leistungen gezollt werden müssen.

Die Funktionärschulung ist aber nicht nur ein sporttechnisches und pädagogisches, sondern vor allem ein psychisches Problem, das gar nicht genug in den Vordergrund der Betrachtung gerückt werden kann. Das hat sich u. a. mit besonderer Eindringlichkeit in der diesjährigen Generalversammlung der größten Arbeiter-Sportvereine in Weidenau deutlich gezeigt. Dort wurde zwar den Spitzenfunktionären durch ihre einmütige Wiederwahl das Vertrauen der Versammlung ausgesprochen, gleichzeitig wurde

dabei aber auch das Schreiben eines Funktionärs bekannt, das die heftigen Kräfte und Schwierigkeiten bitarig beleuchtete, die er in seiner Arbeit für seine Organisation zu bestehen hatte. Es heißt in dem Schreiben:

„Meine Tätigkeit hat mir stets Freude gemacht. Sie wurde mir aber verleidet durch das gleichgültige, wenn auch merkwürdige Verhalten nicht nur der Mitglieder im allgemeinen, sondern auch zum Teil des Vorstandes. Ich verlange vor allen Dingen, ein Wortrecht über meine Arbeit, genau wie jeder Sportler wissen will, wie seine Leistungen waren. Wenn aber ein Sportler hundertmal startet, wenn er seine ganze Kraft einsetzt, und dann kein Mensch den Mund auftut zu einem Urteil, so wird er bald keinen Finger mehr rühren. Genau so geht es mir. Ich habe bis heute, obwohl ich jedes Mitglied meine Arbeit kennt, kein einziges Mal gehört: Das war gut oder schlecht!“

Dieser Notiz trifft das Problem des Arbeiter-Sportfunktionärs. Es wird aber gleichzeitig deutlich, wie den bestehenden Mängeln abgeholfen werden kann: den Funktionären gebührt für ihre aufreibende Arbeit vor allem Dank und Anerkennung. Ein wenig Lob, eine kleine Anerkennung und ein Urteil über die von dem Funktionär geleistete Tätigkeit müssen an die Stelle kleinlicher und persönlicher Kritik treten, denn nur dadurch kann der Führer Kraft und Impuls zu neuer, fruchtbringender Arbeit gegeben werden. Das ist kein Verhängnis, sondern eine psychologisch begründete Notwendigkeit für die Sicherung des weiteren Aufbaus der Arbeiter-Sportbewegung. Unabhängig der belächelten Funktionäre leben keine Anerkennung der Mühen, sie fühlen, daß ihre Tätigkeit lediglich als etwas selbstverständliches betrachtet wird. Das muß anders werden. Es muß alles getan werden, den Funktionären, die ihre ganze Persönlichkeit für die Gemeinschaft und für das sozialistische Ideal einsetzen, eine Anerkennung zuteil werden zu lassen, auf die sie ein Recht haben. Nur dadurch wird ihre Arbeitsfreudigkeit gehoben und der Aufstieg der Gesamtbewegung gefördert werden können. A. Dahl-Rain.

Sport des Sonntags.

Breslau, den 27. Februar 1928.

Fußball-Ergebnisse.

V. F. B. Olshin — Jostwik	13 : 1
Freie Sportfreunde I — Bernstadt I	5 : 0
Freie Sportfreunde II — Bernstadt II	6 : 1
Sturm I — Stern I	6 : 1
Sturm II — Stern II	3 : 1
Süd I — Adler I	14 : 1
West I Jgd. — Adler I Jgd.	2 : 2
Süd II Jgd. — Union II Jgd.	5 : 0
Süd I Schül. — Union I Schül.	2 : 0
F. S. B. I — Wauer I	1 : 2
F. S. B. II — Wader II	3 : 0
F. S. B. Jgd. — Silesia Riders Jgd.	4 : 0
Union I — Hundsfeld I	14 : 1
Union II — Hundsfeld II	9 : 0
Union III — V. F. B. II	4 : 2
Falke I — Bratislawia I	3 : 1
1921 II — Oswig II	2 : 0
1921 I — Oswig I	1 : 0
V. F. B. Jugend — Falke Jgd. (Fr. Sp.)	0 : 1

Adler I — Süd I 14:1.

Zum ersten Serienspiel trafen sich obige Mannschaften. Adler stößt an, die Hälfte aber übernehmen das Spiel. In der sechsten Minute fällt das erste Tor. Adler verteidigt mit Macht und können es bis zur 30. Minute erfolgreich tun. Jetzt drückt der Platzbesitzer zusammen, bis zur Pause sind sieben Tore für Süd fällig. Nach Wechsel ist der Meister wieder tonangebend. Im Anschluß an einen Straßstoß kommt Adler zum Ehrentreffer. Süd lekt den Torreizen fort und bis zum Schluß erhöht sich das Resultat auf vierzehn. Schiedsrichter leitete beiderseits zur Zufriedenheit. Zuschauer ungefähr 200. Das herrliche Wetter ließ alle bis zum Schluß ausharren.

Sturm I — Stern I 6:1.

Unverdient hoch vor Stern gegen den Platzbesitzer. Der namentlich vor beiden Toren stark durchgewogene Boden ließ einen regulären Verlauf des Spiels nicht zu. Schon zur Pause lag Sturm mit 4:1 in Führung. Nach Wechsel hat Stern etwas mehr vom Spiel, doch zählbare Erfolge bleiben aus. Durch Elfmeter und einer verwandelten Ecke erhöht Sturm bis Schluß auf 6:1.

Freie Sportfreunde I — Bernstadt I 5:0 (2:0).

Mit Anstoß von Sportfreunde kam ein flottes Spiel in Gang. In der 20. Minute gingen sie durch Elfmeter in Führung, erhöhten bis zur Halbzeit das Resultat auf 2:0. Nach der Pause kam die Überlegenheit durch drei weitere Tore voll zur Geltung. Mit dem Endresultat von 5:0 endete ein schönes Spiel. Der Schiedsrichter hatte das Spiel jederzeit in der Hand.

Bratislawia I — Falke I 3:1.

Ein lockeres uninteressantes Punktspiel liegt auf der Größelwiese. 4 Erfolge, keiner aber durch großen Widerstand errungen, brachten die 90 Spielminuten. Besonders schwache Momente verblieben nach der Pause bei den Rot-Weißen. Vollständig eingeschütert war das Gästetor und mit Glück zogen sich dieselben aus der Schlinge. Der Schiedsrichter hatte nicht allzu große Arbeit und traf seine Entscheidungen korrekt.

Rapid I — Vorwärts I 1:1.

15.25 Uhr eröffnete der Schiedsrichter Köhner das Serienspiel Rapid I — Vorwärts I. Rapid hat Platzwagt, und Vorwärts hat Ansturm. Vorwärts zeigt von vornherein ein flottes Spiel und erzielte schon vor Halbzeit das erste Tor durch eine gut geschossene Ecke. Nach Halbzeit setzte ein unfaires Spiel seitens Rapid ein. Das Spiel mußte deswegen vor Schluß mit dem Resultat 1:1 abgebrochen werden.

West I — Silesia-Riders I 4:2.

Im Eichenpark stieg vor Hunderten von Zuschauern pünktlich 15.35 Uhr der schon als interessant angekündigte Kampf der Silesia-Riders gegen West. West hat Anstoß, doch Silesia-Riders fängt sofort ab und schon in der fünften Minute kann Halblinks, durch schlechte Verteidigung der Westverteidigung begünstigt, das erste Tor erzielen, doch nicht lange währt die Freude, denn gleich darauf gleicht West aus. Bis zur Pause ändert sich trotz beiderseitiger Anstrengung nichts mehr. Nach Wechsel hat West mehr vom Spiel und in kurzen Schüben können sie die Lücke auf vier erhöhen. Silesia-Riders legt jetzt nochmals Dampf auf, es gelingt ihnen aus, ein Tor aufzuholen. Bis zum Schluß des guten Schiedsrichters (Hunger, B.F.) bleibt obiges Resultat bestehen.

F. S. B. I — Wauer I 1:2.

Herrliches Wetter sollte Tausende von Zuschauern nach dem Bebelplatz, um Zeuge eines mit Einfuß aller Kraft geführten

Wettkampfes zu werden. Wader, welche den Kampf eröffnen, entpuppen sich als ein Gegner, welcher von großem Siegeswillen befeuert war und lagen bereits nach 5 Minuten Spielzeit 2:0 in Führung. Zwei Erfolge, welche unbedingt verhindert werden konnten. F. S. B., welche nun aus ihrem Dämmerzustand erwachen, gehen mächtig aus sich heraus und machen der gegnerischen Hintermannschaft schwer zu schaffen. Unermüdlich arbeitet ihr Mitteläufer, doch verdirbt der Angriff die besten Chancen durch Abseits. Erst in der 20. Minute gelingt es ihnen, ein Tor aufzuholen. Weiter wird auf beiden Seiten mit großer Energie gekämpft, doch kann keiner der Gegner etwas erreichen. F. S. B., welche einen Mann durch unfaires Spiel unter die Zuschauer schicken muß, gelingt es durch großen Eifer, den Gegner langsam zurückzudrängen, doch scheitern ihre Aktionen an dem planlosen Spielen ihres Innenstürmers. Nach der Pause zunächst ein gleichmäßig verteiltes Spiel. Außerst brenzlich steht es vor beiden Toren aus, doch die Torleute schaffen immer wieder reinen Tisch. F. S. B., welche sich in der ersten Hälfte zu sehr verausgabt hatten, liegen nun merklich nach, Wader für längere Zeit das Kommando überlassend. Doch nicht lange dauert ihr Schwächezustand und werden dem Gegner wieder ebenbürtig. Ein außerordentlich gefährlicher Durchbruch Waders wird vom gegnerischen Torhüter im letzten Moment abgeblockt, beiderseitige Bemühungen, das Resultat zu ändern, blieben erfolglos, so daß es bei obigem Resultat bleibt. Waders Sturm zeigte ein gefälliges Kombinationspiel, während der Gegner meistens planlos operiert. Der Erschließungsrichter, Sportsgenosse Kühnel, konnte nicht gefallen.

Handballberichte vom Sonntage.

Bei schönem Handballwetter konnten sämtliche Spiele gut durchgeführt werden. In der A-Klasse fanden sich am Vormittag in Oswig die 5. Abt. I und Fichte-Mohren I gegenüber. Der 5. Abt., der 1:0 in Führung lag, wurde das Spiel kampflös ausgeprochen wegen Unvollständigkeit Fichte-Mohrens. Sportvereinigung 1925 konnte gegen 2. Abt. ein Unentschieden erzielen. Mit Ansturm der Sportvereinigung 1925 setzt sofort ein flottes Tempo ein, was durch gutes Zusammenwirken zwei Tore einbringt. Nachher wurden die Spieler von 1925 sehr nervös, was die 2. Abt. ausnützt und 3 Tore aufholt. Bis Schluß kann 1925 noch gleichziehen. Eine außergewöhnliche Anzahl von Zuschauern waren Zeugen eines schönen Kampfes zwischen 6. Abt. I und Poseidon I. Die 6. Abt., welche in selten guter Form war, konnte den zerfahrenen Schwimmern bis zur Halbzeit 2 Tore drücken. Nun versuchten die Schwimmer mit aller Macht aufzuholen, was die 6. Abt. zu verhindern verstand. Nach Halbzeit mußte jeder Torhüter je zweimal das Leder aus dem Netz holen. Ein sehr interessantes Spiel wickelte sich zwischen 7. Abt. I und Gaudau I im Eichenpark ab. Gaudau wirft an und ohne daß die Turner den Ball berühren, erfolgte der erste Schuß aufs Tor, den aber der Torhüter abwehrte. Nun wogte der Kampf auf und ab, bis es den Turnern gelang, bis Halbzeit durch einen Fehlschuß des Torhüters in Führung zu gehen. Nach Halbzeit dasselbe Bild und Gaudau mußte sich geschlagen bekennen. In der B-Klasse konnte die 7. Abt. II und 1. Abt. I wie erwartet triumpheren.

In der C-Klasse konnte die 6. Abt. nach einem flotten Spiel gegen Poseidon als die Glücklichen das Spielfeld verlassen. 2. Abt. gegen Sportverein endete unentschieden, während die 1. Abt. die 4. Abt. hineinlegen konnte. Mohren II gegen 1897 II und 7. Abt. III gegen Gaudau II, welche die D-Klasse vertreten, endete unentschieden. In der Jgd.-A-Klasse schlugen 6. Abt. I, 2. Abt. I, 7. Abt. I und 5. Abt. I die Sieger. Bei der B-Jugend unterlag Poseidon den körperlich überlegenen Nord-Ost. Die anderen Spiele verliefen wie erwartet. Die Schiedsrichter klagen über körperliches Spiel der Jugend-Sportlerinnen; keine Berichte eingegangen.

Resultate.

A-Klasse:	
5. Abt. — Mohren	kampflös für 5.
Sportog. 1925 — 2. Abt.	3:3 (2:0)
6. Abt. — Poseidon	4:2 (2:0)
7. Abt. — Gaudau	2:0 (1:0)

B-Klasse:	
7. Abt. II — 8. Abt. I	3:1 (0:0)
1. Abt. I — Neulitz I	8:1 (8:0)

C-Klasse:	
1. Abt. II — 4. Abt. I	4:3 (3:2)
6. Abt. II — Poseidon II	5:2 (1:1)
2. Abt. II — Sportog. 1925 II	1:1

D-Klasse:	
7. Abt. III — Gaudau II	0:0
Mohren II — 1897 II	3:2

A- und B-Jugend:	
5. Abt. I — 1. Abt. I	5:2 (4:1)
7. Abt. I — Gaudau I	2:1 (2:0)
2. Abt. I — 4. Abt. I	2:0 (1:0)
3. Abt. I — Poseidon I	2:1 (1:1)
Nord-Ost I — Poseidon II	2:1 (1:1)
Mohren I — 6. Abt. II	1:0 (0:0)
8. Abt. I — 7. Abt. II	1:1 (1:0)

